

Multi-Stakeholder-Konfliktanalyse im Stadtraum: "Balduintreppe"

Maurer, Nadja

Veröffentlichungsversion / Published Version

Forschungsbericht / research report

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Maurer, N. (2021). *Multi-Stakeholder-Konfliktanalyse im Stadtraum: "Balduintreppe"*. (FOSPOL-Forschungsbericht, 1). Hamburg: Akademie der Polizei Hamburg, Forschungsstelle für strategische Polizeiforschung (FOSPOL). <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-91192-0>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY-SA Lizenz (Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier: <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/1.0/deed.de>

Terms of use:

This document is made available under a CC BY-SA Licence (Attribution-ShareAlike). For more information see: <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/1.0>



FOSPOL-Forschungsbericht Nr. 1

Multi-Stakeholder- Konfliktanalyse im Stadtraum: „Balduintreppe“

Autorin: Dr. Nadja Maurer

Kontakt: nadja@cmaurer.org

Empfohlene Zitierung:

Maurer, Nadja (2021): Sozialraumbezogene Multi-Stakeholder-Konfliktanalyse „Balduintreppe“. *FOSPOL-Forschungsbericht Nr. 1*, Hamburg.

Veröffentlicht am 1.12.2021

Kontakt:

Akademie der Polizei Hamburg
Forschungsstelle für strategische
Polizeiforschung (FOSPOL)
Überseering 35 - 22297 Hamburg
ak-fospol@polizei.hamburg.de

Inhalt

I.		
Kontext, Gegenstand und Zielsetzung der Konfliktanalyse		1
Vorbereitung und Auftragsklärung		3
Begriffsklärung „Konflikt“		5
Soziodemographie		6
II. Forschungsdesign und -methoden		8
Qualitative empirische Datenerhebung		9
Quantitative Analyse der Aktivitäten der Task-Force		9
Zugänglichkeit des Forschungsfeldes		9
Sample		10
Forschungsethik		11
III.		
Konfliktlinien und -achsen		13
Die vertikale Konfliktachse		13
Ideologische Ablehnung der Polizei als Unterdrückungsorgan		13
Die Polizei ist nicht für uns		14
Gentrifizierung		15
Ausbeutung und Belastung des Quartiers		16
Justiz und Polizei im Rechtsstaat		17
Erfahrungen mit Polizeigewalt		19
Gegenwehr und Widerstand		20
Die Sicht der Polizei		21
Die horizontale Konfliktachse		23
Horizontale Konfliktlinie I: Anwohner		23
Streitpunkte zwischen Anwohnern		26
Die Genossenschaft und Plan B		27
Horizontale Konfliktlinien II: Innerhalb der Polizei		29
Zielkonflikte		29
„Silodenken“ in der Polizei		30
Altersverteilung in der Polizei		31
Sinnstiftung		31

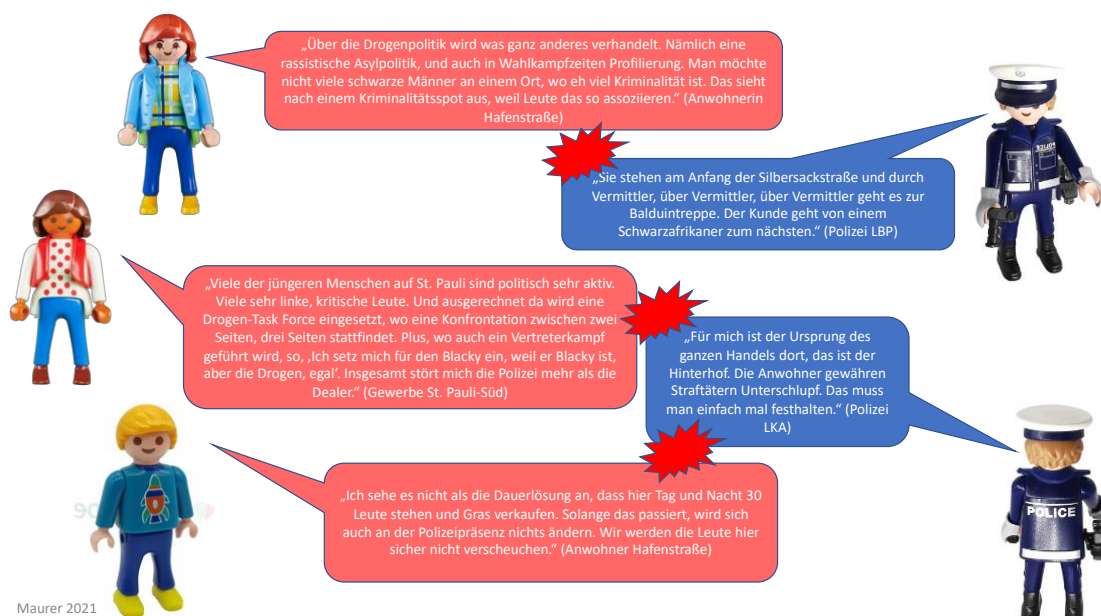
Die transversale Konfliktachse	34
Kontakt zu den afrikanischen Männern	35
Verständnis für die Situation der Schwarzafrikaner	36
Zuschreibungen und Projektionen	37
Solidarität versus Seniorität	38
Organisationsgrad der Kriminalität	39
Impression Management	41
Solidarität versus Demokratie?	42
IV.	
Konfliktdynamiken	44
Genese und Status Quo des Konfliktes	44
Konflikttreiber und -feeder	47
Push-Faktor globale Migration	47
Push-Faktor: Nachfrage BtM	48
Push-Faktoren: Medien, Politik, Unterstützerkreise	49
V.	
Identifizierte Konfliktthemen	50
VI.	
Konklusion	51

I. Kontext, Gegenstand und Zielsetzung der Konfliktanalyse

Südlich der Hamburger Reeperbahn um die Balduintreppe ist seit Jahren ein offener Drogenmarkt etabliert. Die heutigen Händler sind fast ausschließlich junge Männer westafrikanischer Herkunft. Vor allem die Sichtbarkeit der Szene durch eine anwachsende Anzahl von Händlern führte dazu, dass die Polizei Hamburg seit 2016 mit einer ‚Task Force BtM‘ [Betäubungsmittel] Ressourcen bündelt, um die öffentlich wahrnehmbare Drogenkriminalität zu bekämpfen. Die Task Force ist in mehreren Hamburger Brennpunkten des BtM-Strassenhandels tätig: Neben dem Reviergebiet des PK15 ist sie vorwiegend in St. Georg (PK11) im Einsatz, sowie im Schanzenpark und Florapark (PK16).

Viele Anwohner¹ des Quartiers St. Pauli-Süd, darunter Bewohner der einst besetzten Häuser der Hafensstraße und dem Neubau (Plan B), wehren sich gegen die mit der *Task Force* einhergehende hohe und als massiv empfundene Polizeipräsenz. Viele bagatellisieren den BtM-Handel bzw. sehen die Ursache des Handels in der hochgradig prekären Lebenssituation der meist gambischen Männer. Die polizeiliche Strafverfolgung wird als eine zusätzliche Viktimisierung diskreditiert und verurteilt.

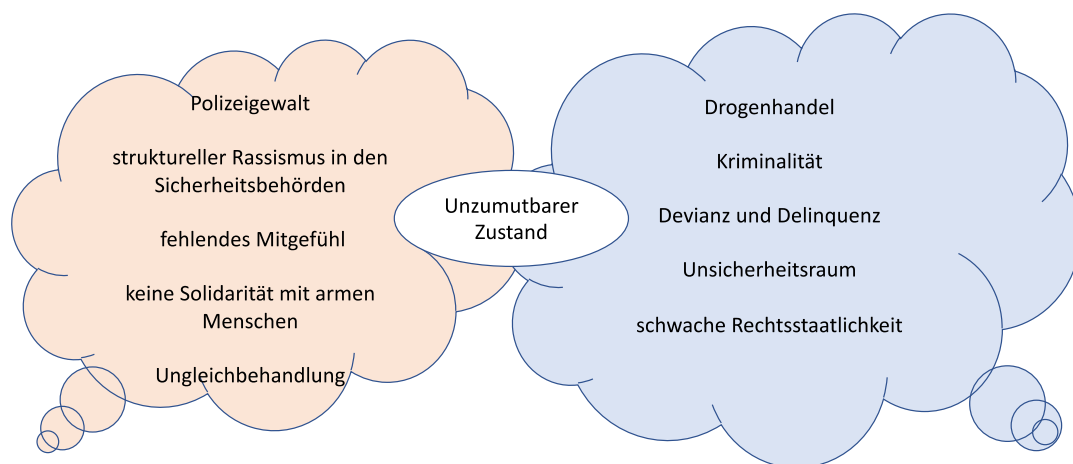
Die Fronten zwischen Polizei und Anwohnern der Hafensstraße sowie eines meist linken Solidaritätsspektrums im Stadtteil und über die Stadtteilgrenzen hinaus sind verhärtet. Aus der Anwohnerschaft formierten sich nach dem Einsetzen der Task Force zahlreiche polizeikritische Bürgerinitiativen wie u.a. *Copwatch* oder die *Initiative Balduintreppe*. Im Zuge einiger Eskalationen und Scharmützel hat sich eine Situation verfestigt, in der auch die nicht-aktivistische Nachbarschaft bei Kontrollen Pulks bildet und Passanten (*Bystander*) in polizeiliche Maßnahmen intervenieren. Interaktionen zwischen Polizei und Bevölkerung führen unweigerlich zu Spannungen und ihnen wohnt ein Eskalationspotenzial inne.



¹ Dem Lesefluss, der Stringenz und der grammatikalischen Richtigkeit geschuldet wird hier und im Folgenden das generische Maskulinum zur Beschreibung aller Geschlechtsidentitäten verwendet. Die Funktion von Generika in der Sprache besteht darin, eben nicht auf das Geschlecht einer lebenden Entität zu verweisen, wenn selbiges keine Rolle spielt. Gemeint sind im Sinne der Gleichbehandlung alle Geschlechtsidentitäten.

Der erste augenfällige Konflikt ist der Umstand, dass es unter den Konfliktteilnehmern kein Übereinkommen darüber gibt, was der Gegenstand des Konfliktes ist: „Rassistische Polizeikontrollen / Polizeigewalt“ ist für die Einen die Ursache der Auseinandersetzungen; „offensiver und überhandnehmender Straßenverkauf von Betäubungsmitteln“ lautet die Situationsrahmung der Anderen. Grob vereinfacht gibt es zwei konkurrierende „Erzählungen“. Der einzige Konsens besteht auf den ersten Blick darin, dass die seit Jahren andauernde Situation im Sozialraum St. Pauli-Süd nicht zufriedenstellend gelöst werden konnte und auf allen Seiten ein hoher Leidensdruck entstanden ist.

Während eine Gruppe (Polizisten und Anwohner) das Problem die Situation im Bedeutungsnetz (Tagcloud) „Kriminalität“ interpretieren, identifiziert eine antagonistische Gruppe, in der ebenso Polizisten und Anwohner vertreten sind, ein Bedeutungsgewebe um „Solidarität“.



Maurer 2021

In der Vergangenheit gab es zahlreiche Versuche, den Konflikt einzuhegen: Runde Tische, Plena und Mediation seitens der Läden und der Anwohner im Quartier, ebenso wie zahllose und andauernde Anpassungen und Überlegungen innerhalb der Polizei. Bisherige Lösungsansätze aller beteiligten Gruppen führten nicht selten zu einer Verschärfung und einem weiteren Festfahren des Konfliktes. Exemplarisch wird die Erfahrung eines Teilnehmers an einer Mediation zwischen Interessengruppen der Anwohner (die Polizei war nicht eingeladen) wiedergegeben:

„Wir kamen aus ideologischen Grabenkämpfen nicht heraus. Wenn einer gesagt hat, ‚Wir haben ein Drogenproblem auf St. Pauli‘, dann kam als Antwort aus der Hafensstraße: ‚Es gibt kein Problem mit Drogen, es gibt nur ein Problem mit Polizeigewalt. Und wenn wir miteinander reden, dann müssen wir über Polizeigewalt reden. Jeder, der das nicht tun will, zeigt sich rassistisch und schlägt sich auf die falsche Seite.‘ Es gibt dann nur noch schwarz oder weiß. Und dann bekamen auch die Dealer einen Redeanteil, weil natürlich dürfen wir nicht über Betroffene reden, sondern müssen mit ihnen reden. Ergo wurden Eltern ausgebuht, die sagten, sie hätten ein Problem damit, dass ihre Kinder jeden Morgen an den Drogendealern vorbeigehen. Das darf gar nicht gesagt werden. Ja, warum denn? Weil sie schwarz sind oder was?“

Die vorliegende Konfliktanalyse arbeitet die Einflussfaktoren und Dynamiken des Konfliktes heraus. Um die Vielschichtigkeit und Komplexität des Konfliktes vollständig zu erfassen, wurden folgende analytische Zugriffe gewählt:

- Multiperspektivität:
Welche Konfliktlinien gibt es?
Welche Stakeholder stehen einander antagonistisch gegenüber?
Wann *entstehen* im und durch das Konfliktgefüge erst Interessengruppen?
Die Einteilung in vertikale, horizontale und transversale Konfliktlinien ist ein rein heuristisches Mittel, durch das die *Wahrnehmungen* aller Akteure möglichst differenziert aufgefächert und die Dimensionen des Konfliktes dargestellt werden können.
- Konfliktodynamik:
Welche Konflikttreiber und *-feeder* wirken auf die Situation?
Wie ist das Zusammenspiel zwischen der lokalen Schnittstelle „Balduintreppe“ und dem (geographischen und ideologischen) Hinterland bei allen Konfliktparteien?
Welche Eskalationsdynamiken entfalten sich situativ und auf der lokalen Mikroebene?
- Konfliktfelder:
Welche Wahrnehmungsmuster (Skripte) leiten Handlungen der Akteure?
Welche Themen erzeugen Leidensdruck und/oder sind besonders kontrovers?
Welche Themen sind lokal bearbeitbar?

Vorbereitung und Auftragsklärung

Die Forschungsstelle für strategische Polizeiforschung (FOSPOL) beauftragte die Durchführung einer „Akteurzentrierten Multi-Stakeholder-Analyse zur Bearbeitung des örtlichen Drogenproblems“. Der Zeitraum für die ethnographische Datenerhebung und die Berichterstellung war Februar bis Mai 2021. Die vorliegende Analyse ist als Grundlage für die Ausarbeitung von Lösungsstrategien konzipiert, um die Situation für alle Akteure im Sozialraum nachhaltig zu verbessern. Es wurden daher nicht „Stakeholder-Gruppen“ als homogene Interessengruppen vorausgesetzt und deren Differenzen betont, sondern *Cross-Allegiance* Linien identifiziert, entlang derer der Konflikt ausgehandelt wird.

Mit Beginn der Explorationsphase und am Anfang der Feldforschung war bereits deutlich, dass auf allen beteiligten Seiten ein „weites ideologisches Hinterland“ in den Konflikt auf der lokalen Mikroebene hineingetragen wurde. Vielfach wurde die Situation am Hafenrand als Beweis für makrostrukturelle Ungleichheiten und Missstände gesehen, bzw. als ein Brennglas, durch das das Versagen globaler und nationaler Politiken besonders konturiert sichtbar wird. Diese Sichtweise teilten viele Anwohnende und auch Polizisten. So zutreffend sie ist: Der Bearbeitung des Konfliktes auf lokaler Ebene hilft sie nicht.

Da in der Wahrnehmung vieler Interviewpartner die Konfliktursachen gesamtgesellschaftlich ungelöste Problematiken sind, muss im Sinne der Auftragsbeschreibung abgegrenzt werden, welche Themen die vorliegende Konfliktanalyse nicht bearbeitet:

Struktureller Rassismus in der Polizei:

Grundsätzlich ist der Vorwurf des Rassismus gegen eine Behörde ein schwerwiegender und muss dringend ernst genommen werden. Um mögliches Fehlverhalten oder möglicherweise diskriminierende Strukturen aufzudecken und zu bearbeiten, ist jedoch das inzwischen inflationär gewordene Vorwerfen „rassistischer Polizeigewalt“ seitens Teilen der Bevölkerung ebenso wenig erhellend wie der gebetsmühlenartig wiederholte Verweis auf „Einzelfälle“ seitens der Polizei. Interviewpartner bezogen oft zum Thema Rassismus Stellung (meist in der zuvor angedeuteten Polarität). Das Thema tauchte in der Forschung immer wieder auf, kann aber nicht mit der gebotenen Begriffsschärfe und Forschungstiefe diskutiert und bewertet werden.² Rassismuskritik gegen die Polizei ist kein neues Phänomen.³ Neu hingegen ist, dass Geschehnisse, die sich woanders ereignen, stärker ins Bewusstsein geraten und sich zu einem Narrativ verdichtet haben, das eine strukturelle Faktizität nahelegt. Befragte nannten als aktuelle Beispiele den NSU-Komplex, die Tötung des Afroamerikaners George Floyd in Minneapolis 2020, oder die fehlgeleiteten Ermittlungsfahrten der Morde in Hanau. Darüber, ob die Anzahl rassistisch motivierter Handlungen gestiegen ist, sagt die Ubiquität der Vorwürfe nichts aus; wohl aber darüber, dass das Thema präsenter, medialer und in der gesellschaftlichen Mitte angekommen ist.

Asylpolitik:

Das supra-nationale Thema Migration wird in der vorliegenden Analyse nicht beleuchtet: Die entsprechende Legislation ist sehr komplex und selbst Änderungen im Bereich des politischen Wahrscheinlichen würden am BtM-Handel in etablierten Lokalitäten kaum etwas ändern. Überdies prangerten viele Gesprächspartner zwar die „Unmenschlichkeit“ der Asylpolitik an, differenzierten dabei aber selbst nicht zwischen Asylgesuch und Einwanderung zur Arbeitsaufnahme. Die Holzschnittartigkeit der Kommentare an sich ist zuweilen in hohem Maße inhuman (gegenüber Schutzsuchenden). Obgleich illegal(isiert)e Migration ein zentraler Push-Faktor für den Konflikt um die Balduintreppe ist, ist die Debatte um Migration und Grenzpolitiken nicht zielführend im Sinne der Fragestellung. Sobald ein Mensch in einem anderen Bundesland Obdach, Versorgungs- und versicherungsleistungen erhält, sehen sich (zivile) Hamburger Behörden nicht in der Verantwortung, soziale Angebote bereitzustellen. Diese Haltung geht auch zu Lasten der Polizei, die als einzige Behörde vor Ort ein Problem bearbeiten soll, das mit polizeilichen Mitteln nicht lösbar ist.

² Für eine Übersicht des aktuellen Forschungsstandes siehe: Hunold, Daniela (2020): Rassismus und Polizei: Zum Stand der Forschung. In: Aus Politik und Zeitgeschichte 42-22, (Anti-)Rassismus. Bundeszentrale für politische Bildung. <https://www.bpb.de/apuz/antirassismus-2020/316766/rassismus-und-polizei-zum-stand-der-forschung>

³ Lokale Beispiele sind der Hamburger Polizeiskandal (1994) oder Brechmitteleinsätze (2001), die vom Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte als Folter bewertet und verboten wurden. (Frankfurter Allgemeine Zeitung, 11.07.2006: Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte. Deutschland hat gegen das Folterverbot verstoßen.)

<https://www.faz.net/aktuell/politik/europaeischer-gerichtshof-fuer-menschenrechte-deutschland-hat-gegen-das-folterverbot-verstossen-1355230.html>

Kriminalisierung von BtM:

Ein weiteres Themenfeld, das immer wieder zur Sprache kam, ist die Drogenpolitik. Es sei, nach Ansicht der ‚Liberalisierer‘, eine soziale, ökonomische und gesundheitspolitische Verfehlung, den Handel mit Betäubungsmitteln zu kriminalisieren. In der Fraktion der Liberalisierer gibt es im Groben zwei Richtungen: Erstens diejenigen, die die Entkriminalisierung so genannter „weicher“ Drogen (Marihuana) fordern, in Anerkennung des sozialen Fakts, dass sie ohnehin weithin konsumiert werden und nachweislich nicht gesundheitsschädlicher sind als legale Rausch- und Suchtmittel.⁴ Diese Ansicht ist auch unter Polizisten recht verbreitet. Dann gibt es noch die zweite Fraktion (in der Hafenstraße vertreten durch die AG Droge), die die Kriminalisierung jedweder Substanz für falsch hält. Vertreter dieser Haltung setzen auf Aufklärung und Selbstbestimmung und bewerten begrenzende Gesetze und Strafverfolgung als paternalistisch. Auch dieses Politikum obliegt nicht der Polizei und führt nicht weiter in Bezug auf den Gegenstand der Analyse. Erwähnens- und bedenkenswert ist jedoch, dass es den BtM-Straßenhändlern aus Westafrika nicht um eine liberale Positionierung geht, sondern darum, Geld zu verdienen. Selbst wenn es kein BtMG gäbe, würde es mutmaßlich Handel bzw. Engagement (Schmuggel o.ä.) in informellen Ökonomien mit entsprechenden Märkten und Nachfrage geben.

Begriffsklärung „Konflikt“

Ein Konflikt ist keine objektive Kategorie, sondern ein hochkomplexes soziales Interaktionsgeschehen. Als Konflikt ist eine prozesshafte und auf unterschiedlichen Interessen von Individuen und sozialen Gruppierungen beruhende Auseinandersetzung definiert, die in unterschiedlicher Weise institutionalisiert und ausgetragen wird. Erst wenn mindestens eine Partei das Verhalten der anderen Seite als beeinträchtigend und inakzeptabel für das eigene Wohlbefinden, Selbstverständnis, Entscheidungs- und Handlungsvermögen oder die eigene Sicherheit empfindet, kann von einem Konflikt gesprochen werden.

Idealtypisch umfasst jeder Konflikt drei Komponenten:

1. Ein widerstreitendes **Verhalten** der Konfliktparteien
2. Unvereinbar erscheinende **Interessen und Ziele** der Konfliktparteien
3. Unterschiedliche **Annahmen und Haltungen** der Beteiligten in Bezug auf die Ursachen des Konfliktes, ihre eigene Rolle darin und die (meist negative) Bewertung der anderen Konfliktpartei(en) durch Stereotype, Vorurteile und Feindbilder.

Selbst wenn in jedem der drei Punkte Gegensätze und Unvereinbarkeiten vorliegen, heißt dies nicht, dass ein Konflikt auch wirklich konfrontativ ausgetragen wird. Inwieweit Individuen und

⁴ Der jüngste Bericht der *UN Strategic Drug Policy* argumentiert ähnlich und kommt zu dem Schluss, dass sich ein regulierter Markt für Cannabis schadenmindernd auswirken würde, da der größte mit Cannabiskonsum assoziierte Schaden das Ergebnis des Verbots an sich ist. Insbesondere die sozialen und gesellschaftlichen Schäden, die erst aus Festnahmen und Inhaftierung resultieren, werden betont. Empfohlen wird, Regulierungseffekte durch Besteuerung, Altersbeschränkung und Kennzeichnungen zu eruieren. Report: www.beckleyfoundation.org/pdf/BF_Cannabis_Commission_Report.pdf

Gruppen das Verhalten, die Interessen und Ziele oder die Annahmen und Haltungen anderer Individuen und Gruppen als belastend oder gar bedrohlich wahrnehmen, ist in hohem Maße von ihren Annahmen und Haltungen abhängig. Entscheidend für die Konfliktdynamik sind die Wahrnehmung und das Handeln der Beteiligten. Ein Konflikt ist eine mindestens von einer Seite als emotional belastend und/oder sachlich inakzeptabel empfundene Interaktion.

Die Konfliktforschung unterscheidet zusätzlich noch zwischen der sichtbaren bzw. manifesten und der latenten Ebene eines Konflikts. Das Verhalten der Konfliktparteien bildet die manifeste Ebene. Dagegen bilden die Interessen und Ziele sowie die Annahmen und Haltungen der Konfliktparteien die unsichtbare oder latente Ebene der Auseinandersetzung.

Konflikte sind eine unvermeidbare und für sozialen Wandel notwendige Begleiterscheinung des Zusammenlebens in allen Gesellschaften. Sozialer Wandel geht sehr häufig mit Konflikten einher, die zuweilen auch gewaltsam ausgetragen werden und destruktiv sein können. Eine systematische Vermeidung und Diskreditierung von Konflikten ist kontraproduktiv, weil gesellschaftliche Veränderungsprozesse blockiert würden.

Konflikte sind meist asymmetrisch: Eine Seite ist stärker als die andere. Wenn beide Seiten an einer Konfliktlösung interessiert sind, geht dies oft darauf zurück, dass sich Kräfteverhältnisse hin zu einer „gegenseitig verletzenden Pattsituation“ verschoben haben, die beiden Seiten schadet.⁵

Soziodemographie

Die demographische Struktur in St. Pauli zeigt einen vergleichsweise jungen und multikulturellen Stadtteil. Der Bevölkerungsstand St. Pauli: Am 31.10.2019 leben gut 22 000 Menschen im Stadtteil. Davon sind 47% weiblich und 53% männlich (zum Vergleich in gesamt Hamburg: 51% weiblich, 49% männlich). 79,4% sind deutsche Staatsbürger und 20,6% ausländisch (gesamt Hamburg deutsch 82,6%, ausländisch 17,4%). Der Anteil der Bevölkerung mit Migrationshintergrund beträgt 36,4%, von den unter 18-jährigen haben 47,7% Migrationshintergrund (gesamt Hamburg 36,1%, U18: 52,7%. In der BRD ist der Anteil der Bevölkerung mit Migrationshintergrund insgesamt bei 26%). In der Altersverteilung stechen die Altersgruppen 30-49 Jahre (+11% im Vergleich zu Hamburg gesamt, +11 % im Bundesvergleich) und 65 und älter (-8,1% im Hamburg-Vergleich, im Bundesdurchschnitt 56,2% älter als 60) heraus.

Sozialstrukturell ist St. Pauli im Schnitt ökonomisch schwächer als der Hamburger Durchschnitt. Der Sozialstatus in St. Pauli Süd ist zwar seit 2016 von „sehr niedrig“ auf „niedrig“ gestiegen.

⁵ Darby, John; Mac Ginty, Roger (Hrsg.) (2000): The Management of Peace Processes. Palgrave Macmillan Press, Basingstoke. Siehe auch: Ropers, Norbert (2002): Friedensentwicklung, Krisenprävention und Konfliktbearbeitung Technische Zusammenarbeit im Kontext von Krisen, Konflikten und Katastrophen, Gesellschaft für technische Zusammenarbeit (GTZ), Eschborn, S. 11

Imbusch, Peter/ Zoll, Ralf (Hrsg.) (2005): Friedens- und Konfliktforschung. Eine Einführung. Lehrbuch, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Diese Entwicklung verdankt sich jedoch nicht einer progressiven Sozialpolitik, sondern dem Zuzug finanziell potenterer Bürger in den Stadtteil. Das angrenzende Altona-Altstadt wird von manchen in ähnlicher Weise als ein „Brennpunkt“ bezeichnet.⁶

Die Kriminalitätsstatistik in St. Pauli zeigt dass der Stadtteil mit Gewaltdelikten (Raubüberfälle, Körperverletzung, Gewaltverbrechen und Straßenraub) sowie Drogenhandel und -besitz überdurchschnittlich stark belastet ist, während Eigentumsdelikte (Diebstahl, Wohnungseinbrüche) statistisch eine vergleichsweise geringe Rolle spielen.⁷

Sozialraum St. Pauli-Süd, Balduintreppe



Nicht nur der Ort „Balduintreppe“ mit dem Epizentrum „Hinterhof PlanB“ wurde als Forschungsfeld frequentiert, sondern der Sozialraum St. Pauli-Süd / Hafenrand, der sich bis zum Park Fiction erstreckt, westlich bis etwa zum Pinnasberg, nördlich bis Hein-Köllisch-Platz, und Reeperbahn und südlich bis zum Hafenrand.

⁶ https://region.statistik-nord.de/detail_compare/11/1108/5/2/1715/227681/

<https://www.bpb.de/nachschlagen/zahlen-und-fakten/soziale-situation-in-deutschland/61646/migrationshintergrund-i>

<https://region.statistik-nord.de/detail/10000000000000/2/1715/227681/>

https://www.statistik-nord.de/fileadmin/Dokumente/NORD.regional/Stadtteil-Profil_HH-BJ-2019.pdf

Sozialmonitoring, Integrierte Stadtteilentwicklung:

[https://www.hamburg.de/contentblob/13278938/854395890b94dc3150e0e3d3de06e3e3/data/d-](https://www.hamburg.de/contentblob/13278938/854395890b94dc3150e0e3d3de06e3e3/data/d-sozialmonitoring-2019-bericht-anhang.pdf)

[sozialmonitoring-2019-bericht-anhang.pdf](https://www.hamburg.de/contentblob/13278938/854395890b94dc3150e0e3d3de06e3e3/data/d-sozialmonitoring-2019-bericht-anhang.pdf)

⁷ <https://interaktiv.abendblatt.de/kriminalitaet-hamburg/>

II. Forschungsdesign und -methoden

Die Auftragsbeschreibung „Multi-Stakeholder-Analyse“ impliziert das Vorhandensein klar abgrenzbarer Stakeholder-Gruppen, die an der Balduintreppe konfliktiv aufeinandertreffen. Lebensweltliche Erfahrungen, Einstellungen und Routinen *innerhalb* der jeweiligen Gruppen „Schwarze / Linke / Anwohner / Polizei“ sind jedoch ebenfalls heterogen.

Zum Verständnis der Vielschichtigkeit und Mehrdimensionalität des Konfliktes ist es notwendig, nicht nur strukturell geprägte Konfliktlinien nachzuzeichnen, sondern auch die Konfliktkennlinien zu extrapolieren. Auch wurde nicht nur den *Mindsets*, sondern ebenso den emotionalen Involvierungen der Akteure Relevanz für den Konflikt zugemessen.

Es wurde ein passgenaues Forschungsdesign entwickelt, dessen Kernelement die empirische Datenerhebung mit ethnographischen Methoden ist. Die Grundlage für die Analyse sind:

- Regelmäßige und kontinuierliche Sozialraumbegehungen zu unterschiedlichen Tages- und Nachtzeiten. Strukturierte Beobachtung, Protokollierung.
- Besuch von Kundgebungen
- Durchführung von 30 semistrukturierten, qualitativen Interviews
- Teilnehmende Beobachtung und Besuche im zuständigen PK15
- Gespräche mit Polizisten, Anwohnern, und zivilgesellschaftlichen Akteuren
- Analyse der Soziodemographie des Stadtteils, Institutionen und Angebote
- Fokussierte Literatursichtung
- Fokussierte Dokumentenanalyse
- Medienanalyse (regionale und überregionale Printmedien, Podcasts, soziale Medien, (politische) Positionierungen von Nachbarschaftsinitiativen)
- Auswertung statistisch verfügbarer Daten

Die Interviews wurden aufgezeichnet und transkribiert. Die Transkripte, die Beobachtungsprotokolle und Gesprächsnotizen wurden mehrfach kontrastiert. In einem ersten Analyseschritt wurde der circa 300-seitige Datenkorpus nach Gesprächsinhalten und -themen geclustert und daraus Themenfelder extrahiert. Dazu wurden Datensätze nebeneinander gestellt, miteinander verglichen, abgewogen und die Relevanz für den Konflikt geprüft. Aus dem dann generierten Datensatz wurde erneut geclustert und in drei Säulen sortiert: den (statischen) Konfliktachsen und -linien; und den Dynamiken zwischen ‚Mikroebene‘ vs. ‚Hinterland‘. Die dritte Säule bilden Einstellungen, Wertorientierungen, Denkmuster, Zugehörigkeit, *Othering* und Abgrenzungen.

Flankierend zur Auswertung der ethnographisch erhobenen Daten wurde zugängliches statistisches Datenmaterial zu den Tätigkeiten der *Task Force* ausgewertet. Diese Methodentriangulierung wurde gewählt, um die qualitativen Daten aus den Interviews auf der Folie messbarer Zahlen betrachten zu können. Die Medienberichterstattung sowie öffentlich zugängliche Gerichts- und Bürgerschaftsdokumente wurden gesichtet, und Fachliteratur herangezogen.

Qualitative empirische Datenerhebung

Die Interviews wurden semistrukturiert gestaltet. Interviewpartner maßen unterschiedlichen Themen unterschiedliche Relevanz für ihren (Arbeits-)Alltag bei. Dem wurde Raum gegeben: Gesprächspartner vertieften so unterschiedliche Themen wie Drogensucht, Filmen bei Polizeieinsätzen oder Rassismus. Diese Vorgehensweise hat den Vorzug, dass die große Varianz unterschiedlicher Konflikt- und Situationsrahmungen deutlich wird. Zugleich wurde darauf geachtet, dass ein grober Fragenkatalog „abgearbeitet“ wurde. Eine der Befragungstechniken, um Gesprächspartner dazu zu bewegen, ihre Position im und Haltung zum Konflikt zu präzisieren war, Fragen ‚naiv‘ und teilweise provokant zu formulieren.

Um die Qualität und die Dimensionen des Konfliktes auf der Mikroebene zu erfassen, ohne sich in „weit hergeholtten Fakten“ wie das Referieren über Polizeigewalt im Allgemeinen oder in Taxierungen von Ideologien zu verlieren, wurde dahin gesteuert, dass in jedem Interview eine für den Befragten exemplarische „Konfliktsituation“ geschildert wird. Diese Fokussierung gibt Aufschluss über Haltungen zu Normen und individuellen Werten, Einstellungen und Sichtweisen. Diese Vorgehensweise ist gerade in einem Konflikt fruchtbar, in dem sich ideologisch hermetische Kollektive und Verbandshandeln gegenüberstehen, weil auf diese Weise ein „Herunterspulen des Wir-Narrativs“ vermieden wird. Die kollektive Bezugnahme von Akteuren auf- und Orientierung aneinander, was rational, stimmig und geboten sei –konnte auf diese Weise ergänzt und auch durchbrochen werden.

Quantitative Analyse der Aktivitäten der Task-Force

Auf der Basis öffentlich verfügbarer Daten zu Aktivitäten der Task Force Drogen wurden mittels Pivot-Tables in Excel Datensätze generiert, die Aufschluss über die Intensität/das Volumen der Polizeipräsenz, der polizeilichen Maßnahmen und der Strafverfolgung im längeren zeitlichen Verlauf geben. Auch das anteilige Verhältnis getroffener Maßnahmen zueinander wurde erfasst und unterschiedliche Korrelierungen vorgenommen.

Diese wurden erstens erstellt, um Interviewaussagen zu unterfüttern. Zweitens dienen die quantitativen Daten dem Abgleich mit subjektiven Wahrnehmungen und Beobachtungen Befragter. Drittens geben die Datensätze Aufschluss über nicht-intentionale polizeiliche Routinen und können Indizien sein für Rückkopplungseffekte (Zirkularität). Die Erhebung bestimmter Parameter zwecks Statistikerstellung neigt immer auch dazu, dass diese Parameter zu Maßstäben werden, an denen Beamte ihr Handeln orientieren. Rückkopplungen zu erkennen ist für die Analyse von Konflikten fruchtbar, weil die Perpetuierung konfliktverstärkender Handlungsroutinen in Organisationen meist unbewusst geschieht.

Zugänglichkeit des Forschungsfeldes

Alle angefragten Interviewpartner äußerten spontan, dass sie es sehr begrüßten, dass „endlich mal etwas passiert“. Der weit überwiegende Teil der Befragten berichtete von einem hohen Leidensdruck bzw. niemand empfand die Situation als zufriedenstellend gelöst. Unterschiede gab es in der Bereitschaft, an der Studie teilzunehmen. Die Polizei zeigte sich in weiten Teilen sehr kooperativ und konstruktiv. Vor allem an der Wache nahm man sich viel Zeit und es

wurden proaktiv Vorschläge gemacht, mit wem es sich noch lohnen würde zu sprechen. Auch Interviewpartner aus dem Sozialraum St. Pauli-Süd (Anwohner und zivilgesellschaftliche Akteure) konnten unproblematisch kontaktiert und zur Teilnahme an der Studie motiviert werden. Immerhin mehrere Anwohner aus der Genossenschaft Hafensstraße (inklusive Plan B) erklärten sich bereit, an einem Interview teilzunehmen und stimmten Treffen zu. Allerdings lehnten vor allem Bewohner des Plan B Anfragen auch ab oder reagierten auf Anfragen nicht. Dabei war ihnen das Thema keineswegs gleichgültig. Rückfragen ergaben, dass man sich entweder unsicher war, ob die Mitbewohnerschaft (das Plenum) der Teilnahme an einer Studie, die von der Innenbehörde in Auftrag gegeben wurde, zustimme. Auch nachdem Fragen nach Methode, Auftraggeber, Auftragsbeschreibung und Anonymisierung ausführlich beantwortet wurden, entschieden sich einige gegen ein Gespräch.

Der Zugang zu der Gruppe der afrikanischen Männer war dann möglich, wenn sich das Gegenüber sicher war, es mit jemandem aus dem „Solidaritätsspektrum“ zu tun zu haben. Dies liegt mutmaßlich daran, dass Angehörige dieser Gruppe Auskünfte zu ihrer Person, ihrer Motivation und ihrem Tun vorwiegend Ämtern oder der Polizei mitteilen müssen.

Sample

Die Befragungen wurden im Forschungszeitraum (Februar bis April 2021) durchgeführt. Die Gesprächspartner waren zivilgesellschaftliche Akteure (Kirche, Politik, Vereine in sozialer Trägerschaft, öffentlicher Dienst (Bezirksamt, Schule) Anwohner des Viertel St. Pauli-Süd und der Hafensstraße / Plan B, Gewerbetreibende sowie Polizisten des PK15, der Bereitschaftspolizei, der Task Force und des LKA68.

30 ausführliche Experteninterviews wurden durchgeführt mit:

- 5 zivilgesellschaftlichen Akteuren
- 4 Anwohner St. Pauli-Süd
- 3 Anwohner St. Pauli-Süd mit Migrationsbiographie
- 4 Anwohner Hafensstraße / Plan B
- 4 Führungspersonal Wache PK15
- 2 Führungspersonal Task Force BtM
- 2 Polizist der LBP
- 1 Gewerbetreibende St. Pauli-Süd
- 2 Aktivisten / Ehrenamtlich Engagierte
- 2 Gastronomen / Kneipenmitarbeiter
- 1 Drogenhändler

Aus Zeitgründen wurde auf das Schneeballverfahren zurückgegriffen. Bei diesem Verfahren werden Interviewpartner gefragt, wen sie noch zu einem Interview empfehlen können, was jedoch zu „geklumpten Stichproben“ führen kann, da Nennungen in der Regel innerhalb des Bekanntenkreises erfolgen.⁸ Um diesem Effekt vorzubeugen, wurden potenzielle

⁸ Merken, Hans (2013): Auswahlverfahren, Sampling, Fallkonstruktion. In: Flick, Uwe; von Kardorff, Ernst; Steinke, Ines (Hrsg.): Qualitative Forschung. Ein Handbuch. Reinbek bei Hamburg: Rowohlt.

Interviewpartner durch unterschiedliche und voneinander unabhängige „Kanäle“, Bekanntenkreise und Netzwerke kontaktiert. Ein Netzwerk-Mapping wurde über diese Weiterempfehlungen erstellt, woraus einerseits Beziehungen, Knotenpunkte und Verdichtungen im Netzwerk ersichtlich wurden, aber desweiteren auch sichtbar wird, mit wem Forschungsteilnehmer gern assoziiert werden *möchten*.

Zur Erhebung von Konfliktkultur, Meinungsbildungsprozessen und dem Durchsetzen von Deutungshoheitsansprüchen wären ergänzend Fokusgruppen sinnvoll gewesen. Aufgrund der Kontaktbeschränkungen durch die Corona-Eindämmungsverordnung im Forschungszeitraum musste auf diese Methode verzichtet werden.

Die Repräsentation aller Ansichten zu allen den Konflikt beeinflussenden Themen und Faktoren für „die Polizei“ oder „das Quartier“ wurde nicht angestrebt. Das Sample wurde dergestalt ausgewählt, um eine multiperspektive Sicht auf den Konflikt zu erreichen, d.h. alle relevanten Themen aufzugreifen und eine größtmögliche Varianz darzustellen. Besonderes Augenmerk wurde auf die Einbeziehung Anwohnender mit Migrationsgeschichte gelegt, die als „Stakeholder“ bislang kaum nach ihren Haltungen befragt wurden (im Bezirk Mitte liegt die Migrationsquote bei 74,8% bei den unter 18-jährigen).

Forschungsethik

Über die Ärmsten der Armen zu forschen, bringt Ethnographen dann in ein moralisches Dilemma, wenn chancenlose, arme Menschen für ihre Kriminalität an den Pranger gestellt werden.⁹ Ein Ausweg ist für viele Forscher – neben dem Kompromittieren der Felddaten – die gerechtfertigte Empörung über Zustände von den Armen in Richtung makrogesellschaftlicher Strukturen umzuleiten: Rassismus, Fremdenfeindlichkeit, Klassenungleichheit, Polizeiarbeit, Kolonialismus, um nur die prominenten zu nennen. Makrosoziale Faktoren, die derzeit in der Kriminologie Konjunktur haben, sind Hyperkriminalisierung (empirisch eine keineswegs haltbare These), die Heuchelei der Politik von Deutschland als Einwanderungsland, und die Effekte eines (exkludierenden) Neoliberalismus.¹⁰ Das Gestikulieren in Richtung „Makrostrukturen“ taugt jedoch nicht als Kausalerklärung. Straßenkriminalität wird vielmehr durch soziale lokale Zirkel und durch Netzwerke usw. produziert. Sozialpsychologische Faktoren haben am Entstehen von Straßenkriminalität einen weitaus höheren Anteil als „Struktur“. Konzentriert wird sich daher auf situationsspezifische Interaktionen; Strukturdaten werden kontextualisierend und situationsrahmend (transsituativ) einbezogen. Um die Qualität der Daten und der Analyse sicherzustellen, wurde das Augenmerk auf Variationen in den Felddaten gerichtet und sich an Dimensionen sozialer Ontologien orientiert: Interaktion, Sequenz und *Embodiment*.¹¹

Alle Forschungsteilnehmer wurden vor der Teilnahme über die Zielsetzung und den Zweck der Studie, den Auftraggeber, die Dauer und die Methodik aufgeklärt (*Informed Consent*).

⁹ Ryan W. 1972. *Blaming the Victim*. New York: Vintage Books.

¹⁰ s. Katz, Jack (2019): *Hot Potato Criminology: Ethnographers and the Shame of Poor People's Crimes*. In: *Annual Review of Criminology* 2: 21-52.

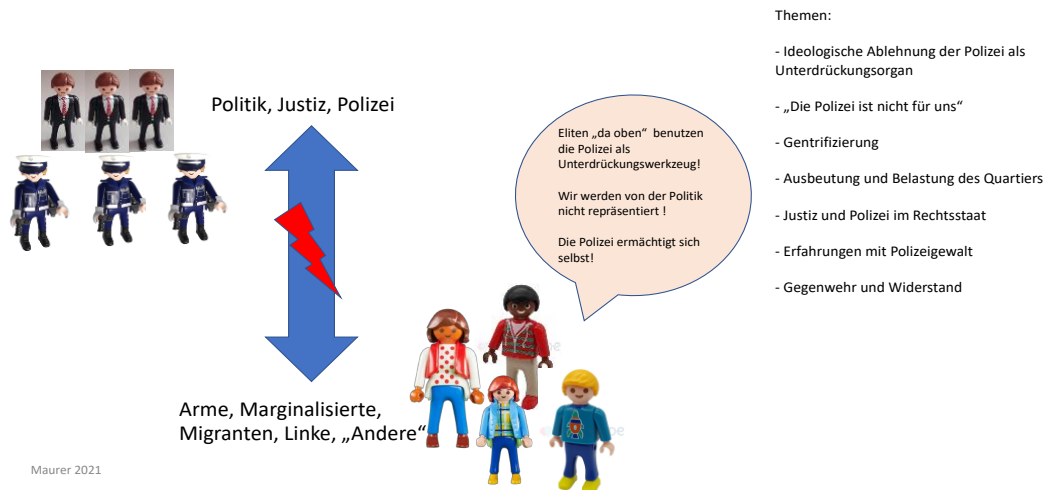
¹¹ ebda. Siehe auch: Katz, Jack (2002): *Start here: Social Ontology and Research Strategy*. In: *Theoretical Criminology* 6 (3): 255-78.

Allen Interviewpartnern wurde größtmögliche Anonymisierung zugesichert. Dieser Zusage geschuldet werden Funktionen in der Polizei oder die Rolle als zivilgesellschaftlicher Akteur (Kirche, Sozialberatung, Bezirksamt etc.) nicht spezifiziert. Kriterien wie Geschlecht, Migrationsgeschichte, Rolle und Funktion werden nur dann genannt, wenn es für das Einordnen von Aussagen notwendig ist. So wird beispielsweise „(Polizei LBP)“ und „(Polizei Wache)“ dann differenziert, wenn es sehr unterschiedliche Einschätzungen zu Themen gibt. Die Forschung orientiert sich an den forschungsethischen Richtlinien der ASA und wahrt sämtliche Rechte aller an der Forschung Beteiligten (z. B. Datenschutz, Verschwiegenheitspflichten, AGG, Urheberrechte usw.)¹²

¹² American Sociological Association (2021): Code of Ethics.
https://www.asanet.org/sites/default/files/asa_code_of_ethics-june2018a.pdf

III: Konfliktlinien und -achsen

Die vertikale Konfliktachse



Die Wahrnehmung fast aller Anwohner und vieler zivilgesellschaftlicher Akteure ist, dass Politik *en gros* nicht *für* die Menschen und sie selbst als Bewohner St. Paulis gemacht wird, sondern ein Elitenprojekt *gegen* die Interessen der Bevölkerung ist. Viele – nicht alle – denken, dass die Polizei lediglich der ausführende Arm der Regierung ist. Dazu herrscht vielfach die Überzeugung vor, dass die Politik die Polizei willkürlich zur Durchsetzung eigener ökonomischer Interessen einsetzt und missbraucht. Kurz, viele St. Paulianer sehen ihr Verhältnis zur Politik als eines, das sich als „Oben gegen Unten“ beschreiben lässt.

Die Anwohner äußerten fast ausnahmslos ein tiefes Misstrauen gegenüber der Polizei. Auf einige der unten ausgeführten Faktoren hat die Polizei zwar keinen Einfluss; wichtig sind sie dennoch, um zu verstehen, warum – selbst unter dem hohen individuellen Leidensdruck, den die Situation an der Balduintreppe für viele mit sich bringt – die Achse „Oben/Unten“- bzw. „Polizei/Wir“ sehr wirkmächtig ist und mühelos andere Allianzen, Interessen, und Konfliktlinien übertrumpfen kann.

Ideologische Ablehnung der Polizei als Unterdrückungsorgan

Nicht nur wird die Polizei als Werkzeug der Regierenden begriffen; auch umgekehrt wird ‚der Staat‘ vielfach nur durch die Sonde und den Filter ‚Exekutive‘ betrachtet. Eine Verständigung darüber, warum die Politik die Polizei qua Gesetzgebung veranlasst, bestimmte Verbote durchzusetzen, wird vielfach nicht zugelassen. Die Gesetzgebung zu „Drogen“ ist nur ein Beispiel dafür, dass Gründe, die für Begrenzung und Verbote sprechen, kaum abgewogen werden gegenüber dem eigenen Wunsch nach Legalisierung. Einigen Befragten erschließt sich der Sinn einer prohibitiven Drogenpolitik nicht; die Ablehnung des Staates ist im Hinblick auf diese Thematik weniger auf eine anarchistische Grundhaltung zurückzuführen, sondern ist eher dem vorenthaltenen Wunsch nach mehr Mitbestimmung und -gestaltung geschuldet. Andere Interviewpartner:innen begründen ihre Ablehnung der Polizei ideologisch:

„Wenn du links bist, also systemkritisch, ist die Polizei nun mal der Ausdruck des Systems. Das ist die staatliche Repressionsbehörde. In einem System, das man ablehnt, muss man auch die Institution an sich ablehnen. Weil die Polizei im Auftrag von etwas handelt, was du selber eigentlich abschaffen möchtest.“ (Anwohner Hafenstraße)

„Es gibt immer noch ein ungeschriebenes Gesetz im Stadtteil, ‚wir lösen Probleme ohne die Polizei‘. Polizei rufen ist verpönt. Im Stadtteil gibt es schon so eine Stimmung von ‚Polizei ist nicht cool‘. Das ist Autorität, das ist Staatsmacht, das ist Unterdrückungsorgan. Gleichzeitig zieht eine andere Klientel in den Stadtteil, die öffentlich in der Presse bekennt, ‚das Problem an der Balduintreppe, da brauchen wir mehr Polizei und nur so ist das lösbar.‘ Das ist für St. Pauli eher untypisch und das gibts trotzdem.“ (Zivilgesellschaftlicher Akteur)

Hier wird deutlich, dass für viele die Ablehnung der Institution Polizei ein notwendiger Teil des Linksseins ist. Linkssein verknüpft sich mit dem Raum „St. Pauli“, der durch das Hinzuziehen einer anderen Bevölkerungsschicht in seiner Authentizität gefährdet wird, weil neue Nachbarn die Polizei als Dienstleister in Anspruch nehmen und nicht als Unterdrückungsorgan ablehnen.

Die Polizei ist nicht für uns

Eine immer wieder geäußerte Kritik an polizeilichem Handeln in St. Pauli war, dass vergleichsweise harmlose Kriminalität, verübt von gesellschaftlich marginalisierten Menschen mit prekärem Status, mit Nachdruck strafverfolgt würde, während man organisierte Kriminalitätsstrukturen gewähren ließe. Dass die Polizei ebenso organisierten Handel versucht zu bekämpfen, ist für die Öffentlichkeit nicht sichtbar. Zu diesem „Wissen“ um Ungleichbehandlung und Ungerechtigkeit kommen Gefühle des Ausgeliefertseins gegenüber Polizeigewalt und Ohnmacht. Überdies würden andere politische Gesinnungen, auch Rechte, durch die Polizei geschützt.

„Wenn ich mir aktuell angucke, wie mit Querdenker-Demos umgegangen wird und wie mit linken Demos umgegangen wird, da bin ich nachhaltig schockiert. Erst jetzt am Wochenende, mitten in einer Pandemie stehen die da alle und umarmen sich ohne Maske – und die Polizei macht nichts! Da wird dann nicht viel durchgesetzt.“ (Anwohnerin St. Pauli-Süd)

„Vielleicht passt [der Drogenhandel] der Polizei auch einfach an dieser Ecke. Die sagen, lieber an der Balduintreppe als am Jungfernstieg. Die Ecke ist übersichtlich. Und die Nachbarschaft ist ok damit. Ich glaube, dass sich die Polizei an anderen Orten noch weniger wünscht, dass diese Geschäfte abgewickelt werden. Die denken sich bestimmt was dabei, dass es immer noch so ist. Ich kann mir nicht vorstellen, dass es in 10 Jahren keine Lösung gab.“ (Anwohnerin St. Pauli-Süd)

„Ich wurde mit 16 bedroht von jemandem, der im Stadtteil bekannt war und die Polizei sagte, ich bin ja selber schuld weil ich solche Leuten kenne. Die [Polizei] sind halt gekommen [...] aber beschützt wurde ich von einem Nachbarn. [...] Seitdem wende ich mich nicht mehr an die Polizei. Nur wenn der Ausweis geklaut wurde und dann kriegst du einen neuen umsonst. Wenn du das nicht anzeigst, musst du ihn bezahlen. Nur in solchen Fällen gehe ich zur Polizei.“ (Anwohnerin Hafenstraße)

„Der Konflikt ist eindeutig Polizei und Innenbehörde gegen die Schwarzen, die auf der Straße stehen.“ (Anwohner Hafenstraße)

Diese Berichte zeugen davon, dass die Polizei vielfach nicht als „unsere“ Polizei gesehen wird. Nachfragen, ob Betroffene nachgehakt oder ihre Anliegen weiterverfolgt hätten, wurden negativ beantwortet. Niemand der Befragten, die Opfer von Straftaten wurden, erstattete im

Nachhinein eine Strafanzeige. Für Bürger ist die Erfahrung, von der Polizei in für sie bedrohlichen Situationen keine Hilfe zu bekommen, eine sehr einschneidende – sie wird oft lebenslänglich erinnert und verinnerlicht. Über Gleichbehandlung bezüglich der Verfolgung von Straftaten gibt es auch seitens der Polizei unterschiedliche Einschätzungen:

„Das ist ja häufig der Vorwurf, es träfe immer nur die armen Schweine und die anderen nicht. Nein - wir gehen dahin wo wir gerufen werden oder wo wir Feststellungen haben. Und das verfolgen wir dann ohne Ansehen der Person. Und das heißt im Umkehrschluss, an der Balduintreppe handeln wir nicht, weil es sich um Schwarze handelt, sondern weil dort mit Drogen gedealt wird.“ (Polizei)

„Straftaten werden nicht flächendeckend und für alle gleich verfolgt. Das kommt ein Stückweit darauf an, wo guckt man hin und warum.“ (Polizei)

Auch die Aussage, dass der Drogenhandel an „dieser Ecke passend“ sei und dies von der Polizei gewünscht wäre und beeinflusst werden könne, zeugt von einer Wahrnehmung, ‚weniger wichtig‘ zu sein, oder als Bürger nicht gleichwertig zu zählen. Zu dieser Auffassung gelangen Anwohner aus unterschiedlichen Perspektiven: Einige führen ihren wahrgenommenen subalternen Status im Hinblick auf die Beziehungen zur Polizei auf ihre Migrationsgeschichte zurück, andere auf Armut und ökonomische Dependenz, wieder andere auf ihre politische Ideologie. Gemeinsam ist allen, dass der Polizei eine Gegnerschaft gegen prekäre Minderheiten unterstellt wird. Das Verhältnis zur Polizei beinhaltet eine nicht zu vernachlässigende emotionale Komponente: eine als defizitär empfundene eigene Handlungsmacht und Selbstwirksamkeit; Unverständnis darüber, dass gegen Linke mit mehr Härte und Konsequenz vorgegangen würde; und die Reifizierung eines subordinaten Status als Bürger durch die Polizei. Trotz des tief verankerten Misstrauens befürworteten fast alle Befragten grundsätzlich das staatliche Gewaltmonopol mit der Polizei als Exekutive. Auch Gewaltanwendung durch die Polizei wird nicht grundsätzlich abgelehnt, wenn sie sich gegen Gewalttäter richtet oder zur Verfolgung von Straftaten, die Menschen Schaden zufügen. Die bürgernahe Rolle der Polizei erachten viele für wichtig.

Gentrifizierung

Der Sozialraum St. Pauli-Süd um die Balduinstreppe war schon seit Beginn der 1980er Jahre ein Schauplatz innerstädtischer Konfliktaustragung.¹³ Weder die Interessenlage noch die Verhältnisse, die zum Kampf um die Häuser führten, haben sich bis heute signifikant verändert: Sinkender Wohlstand bei steigenden Lebenskosten, die Verdrängung durch eine zahlungskräftigere Bevölkerungsschicht, und die Erfahrung der Bewohner des Stadtteils, nicht in der Regierung repräsentiert und durch diese geschützt zu werden. Das Narrativ einer kollektiven Erfahrung von Enteignung gesellt sich zur oben beschriebenen Wahrnehmung der Entrechtung hinzu.

¹³ Lehne, Werner (1994): Der Konflikt um die Hafensstraße. Kriminalitätsdiskurse im Kontext symbolischer Politik. Centaurus Verlagsges., Pfaffenweiler.

Grolle, Joist (2005): Der Hamburger Hafensstraßenkonflikt und der Geisterkrieg um die Vergangenheit. In: Zeitschrift des Vereins für Hamburgische Geschichte, Band 91, S. 133-58.

„Alle Bewohner waren gegen [das Bernhard-Nocht-Quartier] und es wurde trotzdem errichtet. Die Nachbarschaft hat null Interesse an solchen Sachen. Die wollen dort frei sein, bunt sein, und für die spielt es keine Rolle, ob du aus Lampedusa oder aus Syrien kommst; ob du dort Drogen dealst oder deinen Hund Gassi führst. Das ist sehr tolerant dort. Das erschwert der Polizei ihre Arbeit. Weil die halt sagen, ‚Mensch ist Mensch‘. Eine Straßenseite ist modernisiert, mit Panoramablick und Tiefgarage und auf der anderen sind Sozialwohnungen.“ (Anwohnerin St. Pauli-Süd)

„Bei der Demo gegen den Abriss der Esso-Häuser [Anm. 2013], als die Gewalt hier durch die Straßen schoss, wurde zum ersten Mal nicht nur die Gewalt der Demonstranten, sondern auch der Polizisten deutlich. Die hier durchgezogen sind und die Leute verprügelt haben. So haben die Bewohner St. Paulis das wahrgenommen. [...] Die Wahrnehmung kann man nicht wieder einholen.“ (Polizei)

„Natürlich gibt es Vorgaben von der Politik. Und die können nicht offen gesagt werden, aber das ist schon so, ‚das ist doch eine schöne Ecke, da können wir auch ein schönes Mehrfamilienhaus bauen. Räumt da mal auf.“ (Polizei)

„[Es gibt heute] die ganzen Konfrontationen, zum Beispiel diese ganzen illegalen, migrantischen Menschen, die sind auf St. Pauli stark im Fokus. Obwohl es da schon gar nicht mehr so viele gibt. Weil es hat ja schon ein totaler Wechsel stattgefunden. Da wohnen viel mehr Weiße, oder Deutsche, als früher.“ (Gewerbe, St. Pauli-Süd)

„In St. Georg haben die noch leichteres Spiel. Hansaplatz ist noch eine andere Dimension als hier, was Gentrifizierung angeht. Mit Pollern aufstellen. Da geht es gegen Prostituierte, Obdachlose, gegen Schwarze und Dealer. Hier und dort ist das Ziel der Politik Vertreibung. Aber hier ist halt schwerer, weil es die Hafensstraße ist.“ (Anwohner Hafensstraße)

„Es geht der Task Force nur um die öffentlich wahrnehmbare Drogenkriminalität und da stellt sich vielen Leuten, die sich kritisch mit Stadtentwicklung auseinandersetzen die Frage, ‚Geht es wirklich um Drogenpolitik oder geht es um einen Sicherheitsdiskurs? In Gentrifizierungsprozessen spielen Sicherheit und Ordnung immer eine Rolle. Es geht darum, ein vermeintliches Sicherheitsbedürfnis von einer Klientel zu bedienen, die hier massiv in den Stadtteil hereindrängt. Einkommensstärkeres und einflussreicheres Milieu.“ (Zivilgesellschaftlicher Akteur)

Selbstverständlich sind Plan B und auch Park Fiction Teil des Veränderungsprozesses (Gentrifizierung), der kritisiert wird. Vertreibung, Wechsel und Wandel wurden häufig genannt. Die Politik gehe gegen randständige Gruppen und Mitmenschen vor, die ohnehin schon aus der Mehrheitsgesellschaft ausgestoßen wurden. Der willfährige Gehilfe dieser Entwicklung sei – damals wie heute – die Polizei.

Belastung des Quartiers

Der Hafenrand wird von Hamburgern und von Touristen intensiv frequentiert. Durch das angrenzende Vergnügungsviertel sind regelhaft Tag und Nacht Besuchermassen vor Ort, und dies besonders verstärkt im Sommer und an Wochenenden. Der extrem hohen Belastung der Anwohner durch Müll, Lärm, und Anonymität durch den Tourismus wird seitens der städtischen Behörden kaum Rechnung getragen, bzw. sie wird bagatellisiert:

„[Die Anwohner sind] ganz spezielle Klientel da. Und: Die wollen zwar St. Pauli, also, ‚ich bin St. Paulianer, wie cool‘, aber Discos, Clubs, Veranstaltungen, Touristen, nee, das will ich nicht.“ (Bezirksamt Mitte)

Der G20-Gipfel 2017 war für Anwohner ein Belastungs-Peak, der das Verhältnis zur Polizei nachhaltig zerrüttet hat. Jenseits dieses singulären Ereignisses ist die hohe Besucherfrequenz eine permanente große Herausforderung an das Bedürfnis der Anwohner, sich als

Nachbarschaft und Quartier wahrzunehmen. „Gemeinschaft“ entsteht unter dieser Bedingung, indem Inklusion („Wir“) versus Exklusion (touristische „Invasoren“) und Distinktionen stärker betont werden.

„Inzwischen bleiben Stammkunden weg, weil es ihnen zu nervig ist mit diesen ganzen Leuten, die ihr Essen fotografieren. Es ist touristischer geworden, und das verändert eine Nachbarschaft sehr. Man nimmt sich weniger als Gemeinschaft wahr. Die Masse an Touristen ist so groß [...]. Dass das ein Drogenhotspot ist, macht die Situation noch unhandhabbarer.“ (Gewerbe, St. Pauli-Süd)

„Park Fiction wird nicht mehr wirklich benutzt von Anwohnern, weil es stark überlaufen ist von irgendwelchen Leuten von weither, und die hängen da rum [...] und vermüllen den Park. Der Ort ist für mich schon lange nicht mehr ok. Es war ein Treffpunkt und das ist weg. Manche spielen Basketball. Und der ganze Rest ist eine Masse die rein- und wieder rausschwappt.“ (Anwohnerin, St. Pauli-Süd)

„Zwei Freunde haben Wein getrunken, klar mit Abstand. Dann kommen Polizisten, ‚Das ist verboten‘. Und dann entschuldigen sie sich, dass sie das jetzt aussprechen. Ey, das ist doch... dann entschuldige dich doch nicht dafür, dass das jetzt deine Aufgabe ist! Dann drück n Auge zu, wenn es geht und wenn nicht, dann nicht! Kann man nicht mal da, wo man wohnt sitzen und ein Glas Wein trinken.“ (Anwohnerin, St. Pauli-Süd)

„G20, da bin ich aus dem Stadtteil weg. Ich wusste, das wird eskalieren und da hat ein Kind nichts zu suchen. [...] Aber mein Auto wurde kaputtgemacht.“ (Anwohnerin Hafenstraße)

„Anwohner neben dem Park Fiction wissen nicht mehr, wie sie damit fertig werden sollen, wenn jede Nacht bis 03:00 laute Musik aufgedreht wird. Auch Leute aus einem alternativen und kritischen Milieu rufen inzwischen die Polizei. Die sagen, ‚Wenn ich da runter gehe, kriege ich aufs Maul von irgendwelchen betrunkenen Jugendlichen, die sagen, verpiss dich doch nach Pinneberg, das ist hier St. Pauli.‘“ (Zivilgesellschaftlicher Akteur)

Die Aussagen belegen: Das Quartier ist extrem strapaziert; die hohe Polizeipräsenz ist ein weiterer Faktor für Stress. Die Beschwerden über Großveranstaltungen, Tourismus mit seinen negativen Auswirkungen und eine (auch) damit einhergehende Polizeipräsenz sind nicht nur Larmoyanz: Entfremdung, Vereinzelung, und wieder Verdrängung (aus dem Park, den Kneipen) werden beklagt.

Die Erzählung, was das „authentische St. Pauli“ ausmache, dass der Stadtteil und seine Bewohner bzw. deren Lebensweise permanent gefährdet seien wird seit Jahrzehnten reifiziert, re-aktualisiert und ergänzt und schlägt sich in Alltagsrhetoriken nieder (wie: man müsse „aufeinander aufpassen“). Dies teilten jedoch nicht alle Interviewpartner: Junge Erwachsene, die im Stadtteil geboren und aufgewachsen waren und migrantische Wurzeln haben, sahen ihre Herkunft („Kiezkind“) eher lakonisch als Makel an.

In der Coronapandemie erleben Bewohner aufgrund des nach wie vor relativ hohen Besucheraufkommens mehr Kontrollen und Kontakte mit der Polizei als Bürger anderer Stadtteile. Die Eindämmungsverordnung (EVO) wird am Hafenrand merklich intensiver durchgesetzt als in anderen Stadtteilen.

Justiz und Polizei im Rechtsstaat

Anwohner am Hafenrand leben seit 2001 in einer Sonderrechtszone – erst im ‚Gefahrengebiet‘ und später im ‚Gefährlichen Ort BtM‘ –, die einen permanenten Einschnitt in Bürgerrechte bedeutet. Die Zone um die Reeperbahn ist ein „Gefährlicher Ort Gewalt“ mit einer

Waffenverbotszone. Das Recht über den Raum ist eine der Sonden, durch die politisierte Anwohner das triadische Verhältnis von Justiz, Polizei und Bürger analysieren und bewerten.

„Die Verletzung der Rechtsstaatlichkeit liegt darin, wie die Polizei häufig Grenzen überschreitet, wo sie immer austestet, wie weit sie da gehen kann. Ich sehe den Rechtsstaat nicht dadurch bedroht, dass hier ein paar, auch wenn es viele sind, Anfang-20jährige hier Drogen verkaufen. Das ist, glaube ich, der Demokratie relativ egal. Aber es ist nicht egal, wenn mit Waffengewalt ausgestattete Beamte, die die Staatsmacht durchsetzen, ständig versuchen, in einen Graubereich reinzugehen. Zum Beispiel sehen wir nie Durchsuchungsbefehle, wenn sie in den Garten gehen. Sie sagen immer, sie haben welche, aber die seien nur mündlich ausgesprochen worden. Unsere Anwälte sagen, ja das können die leider auch. Obgleich das Private ja eigentlich so hoch gehängt wird in der Rechtsprechung.“ (Anwohnerin Hafenstrasse)

„Die Verfahren werden immer lächerlicher. Einer hat „Pappnase“ gesagt, wurde vor Gericht gezerrt, und ist tatsächlich verurteilt worden.“ (Anwohner Hafenstrasse)

„[Es gibt] solidarische Anwälte, die die Polizeimaßnahmen immer begleiten oder ansprechbar sind. Bei Polizeigewalt oder bei unverhältnismäßigen Einsätzen ist unsere Haltung: ‚Überleg es dir sehr gut‘ [sich beschweren]. Anwälte raten dazu, [...] weil die Retourkutsche und die Problematik, die man kriegt, das muss man auch aushalten. Die Verfolgungsquote ist leider verschwindend gering. Insofern raten wir nicht dazu, außer es ist so gerichtsfest beweisbar und skandalös. [...] Solange es keine unabhängige Ombudsstelle gibt, ist es schwierig.“ (Zivilgesellschaftlicher Akteur)

„Die Polizei wird missbraucht vom Innensenator, der denkt, ein SPD-Innensenator muss sich profilieren, muss auf hart machen, sonst nimmt ihn keiner ernst. Vor allem die Polizeiführung nimmt ihn sowieso nicht ernst.“ (Anwohnerin Hafenstrasse)

„Ein Gericht hat festgestellt, dass die Hausdurchsuchung vor vier Jahren rechtswidrig war. [...] Die Polizei oder der Richter, der damals den Untersuchungsbeschluss unterschrieben hat, also, die kennen sich ja in ihrem Fachgebiet aus und es war ihnen anscheinend egal, dass es rechtswidrig war.“ (Anwohnerin Hafenstrasse)

„[Neulich] hing hier ein Zettel von der Polizei, dass auf Anweisung des Gesundheitsamtes der Garten gesperrt sei. Wegen Corona. Die Polizei hat das nachts um 1 angebracht am Samstag, und den Garten gesperrt. Nachfragen bitte ans PK 15. Dann hab ich rumtelefoniert beim Gesundheitsamt und die [wussten von nichts]. Und ich habe noch gesagt, die denken sich doch sowas nicht aus! Eine Behörde denkt sich doch nicht aus, eine andere Behörde hätte was angewiesen und das dann im öffentlichen Raum so kommuniziert. So unseriös sind die dann auch nicht. Aber in der nächsten Nacht [...] kam die Polizei und hat den Zettel wieder entfernt. Offensichtlich haben die sich das wirklich ausgedacht! Das bedroht die Rechtsstaatlichkeit! Sie fingiert Anordnungen in einer weltweiten Pandemie, lügt, wie kann man das in einer globalen Gesundheitskrise machen? Das ist doch sehr verantwortungslos!“ (Anwohnerin Hafenstrasse)

„[Barakats Urteil] ist ein Erfolg für die Linken. Auch wenn nichts von Rassismus in der Begründung steht. Sonst läuft das so, da kommen vier Polizisten, die sich abgesprochen haben [...]. Viele Sachen, die hier passieren, sind so auch nicht gedacht in einem Rechtsstaat.“ (Anwohner Hafenstrasse)

Die Aussagen zeigen ein Panorama an Problematiken:

1. Die Polizei wird als Bedrohung für den Rechtsstaat angesehen und das eigene Handeln als Akte der Verteidigung desselbigen. Vermutet wird ein institutionell eingetragter „Wille“ auf Seiten der Polizei, den eigenen Machtbereich beständig auszuweiten, dem nur durch die Kontrolle und ein gesundes Misstrauen durch den Bürger Einhalt geboten werden könne. Befürchtet wird, dass sich die Exekutive selbst ermächtigt und zugleich instrumentalisiert wird für politische Interessen. Ein Dominanz- und Machtgerangel zwischen Polizeiführung und Innensenator, aus dem die Polizei als

Sieger hervorgeht und gleichzeitig durch die Politik missbraucht wird: diese Einschätzung einer Anwohnerin ist ein *lose-lose*-Szenario, das kaum schlimmer werden könne als es derzeit sei.

2. Die Justiz macht sich buchstäblich zum „Pappkameraden“ der Polizei, indem sie Bagatellen bestraft.

3. Ein tiefes Misstrauen gegenüber bestehenden Strukturen ist begründet, weil diese nicht neutral und unparteiisch seien.

4. Die Polizei ignoriert Gerichtsurteile und lässt sich nicht durch die Justiz in Schranken weisen.

5. Zweifel an Gewaltenteilung: Die Exekutive und die Judikative im Schulterschluss scheuen sich nicht um Rechtswidrigkeit. Rechte von Bürgern werden missachtet.

6. Die Polizei auf juristischem Wege korrigieren zu wollen erweise sich in der Regel als schwierig, weil Intransparenz und Lügen Verfahren vereitelten.

Bei der Polizei ist das Problembewusstsein, wie weit reichend das Misstrauen gegenüber der Institution ist, gering ausgeprägt. Die Polizisten beschreiben die Institution Polizei als stabiler demokratisch als Teile der Bevölkerung dies tun.

Erfahrungen mit Polizeigewalt

Demonstrationen sind für aktivistische Linke Begegnungen mit der Polizei, die das Bild von der Institution zentral prägen. Neben teils traumatisierenden Gewalterfahrungen sind es vor allem Gefühle von Ausgeliefert-Sein und Ohnmacht, die die Erzählungen durchziehen:

„Gewalt spielt eine große Rolle. [Ein Freund] wurde für einen Demonstranten gehalten und ist übelst zerkloppt worden. Hat versucht, sich gerichtlich zu wehren, hatte keine Chance gehabt; und der musste auf jeden Fall auf die Couch. Der hat Angstzustände gehabt.“ (Anwohner St. Pauli-Süd, Aktivist)

„Linke machen viele schlechte Erfahrungen mit der Polizei. Auf Demos reagiert die Polizei auf Linke in Hamburg von vornherein sehr aggressiv. Und hier macht man jeden Tag schlechte Erfahrungen mit der Polizei. Sie jagen immer die Ärmsten der Armen in der Gesellschaft, und sie sind aggressiv, zeigen einen an. Vor Gericht sind sie unantastbar, man kann sie zurückanzeigen, aber das bringt alles nichts, sie werden nie verurteilt. Polizeigewalt kriegt man auch in den beiden Situationen viel mit.“ (Anwohnerin Hafensstraße)

„Was bei Demos passiert, ist unter aller Sau. Die provozieren Gewalt. Oder initiieren Gewalt tatsächlich teilweise auch. Und wie da der Umgangston ist, das ist nochmal eine ganz andere Polizei.“ (Anwohnerin Hafensstraße)

Die Konfrontationen mit der Polizei sind bleibende Momente, in denen kollektive und individuelle Erfahrungen zusammenfließen zu einer Erzählung von Polizeigewalt. Es sind nicht Narrative von Kampf, Revolution und Unterdrückung, sondern ein vorhersehbares Spiel auf beiden Seiten. Dabei wird die Polizei als Gewaltakteur skizziert, und die Protagonisten als irrational, gewaltaffin, dominant und zugleich unantastbar. Die Erfahrung von Gewalt durch die Polizei verdichtet sich an der Hafensstraße, weil konfrontative Begegnungen sowohl vor der eigenen Haustür alltäglich, und im Rahmen von Demonstrationen und Kundgebungen stattfinden.

Gegenwehr und Widerstand

Gegen die Polizeipräsenz und -maßnahmen gibt es verschiedene Abwehrstrategien. Solidarisierungen mit zu kontrollierenden Personen sind für die Polizei sicht- und hörbar und haben auch das Potenzial, Situationen eskalieren zu lassen. Eskalation ist von manchen, aber nicht von allen beabsichtigt:

„Am Anfang war es so, sobald die Bullen in den Garten kommen, gehst du auf den Balkon, machst laut Musik an, schreist runter und so. Aber irgendwann habe ich mir gedacht, ‚das ist nur eine lustige Hintergrundbespaßung‘, und es ändert sich nichts. Die Kontrollen sind mehr geworden. Das hat überhaupt keinen Nutzen. Daneben zu stehen und zu gucken, warum nehmen sie wen mit und die Namen aufzuschreiben, das finde ich total sinnvoll. Um etwas in der Hand zu haben. Um Anwältinnen einschalten zu können und so.“ (Anwohner Hafestraße)

„Ich kann mir auch nicht vorstellen, dass es geil ist, einen Job zu machen, wo mich alle erstmal pauschal für einen Nazi halten. Das muss einfach ätzend sein. [...] Ich glaube nicht, dass das nur hier so ist.“ (Anwohner St. Pauli-Süd, Aktivist)

„[Musik aufdrehen und Grölen] ist auf jeden Fall ein Ausdruck von Ohnmacht. Würden die meisten Leute nicht unbedingt zugeben. Was soll man sonst machen? Du wirst die Kontrollen nicht verhindern. Und dass sie in den Garten reingehen, dass hier weiter patrouilliert wird. Darum sind solche kleinen Aktionen, sich den öffentlichen Raum wieder zu nehmen, ganz gut. Das geht aber nicht permanent. Soviel Kräfte sind hier nicht vorhanden.“ (Anwohner Hafestraße)

Die Aussagen beinhalten vier Verhaltensweisen, die von vielen Polizisten als irritierend empfunden werden: Pöbeln, Abwertung, Dokumentieren und *Cornern*.

Die Reaktion „Fenster auf und Pöbeln“ ist kein Akt von Langeweile, als Spaß oder zur Stärkung des Wir-Gruppengefühls zu verstehen. Vielmehr ist es ein Ausdruck von Wut und Ohnmacht. Ein weiterer Mechanismus der Gegenwehr ist Arroganz und Überheblichkeit. Indem der Polizistenberuf durch „Mitleid“ abgewertet wird, wird das empfundene Dominanzverhältnis „oben/unten“ umgekehrt und Parität hergestellt: Zwar ist man in konkreten Begegnungen mit der Polizei der Unterlegene, aber im Ganzen hat man es immer noch besser getroffen als alle Polizisten.

Das Beobachten, Protokollieren und Einmischen in polizeiliche Maßnahmen ist zugleich Widerstands- wie auch Solidaritätshandlung. Durch die „Kontrolle der Kontrolle“ möchten Anwohner sich selbst und den unmittelbar an der Kontrolle Beteiligten *Agency* demonstrieren. Die Akteure möchten zum einen sicherstellen, dass keinesfalls der Eindruck entsteht, man fände die polizeilichen Maßnahmen akzeptabel. Die Dokumentation dient neben der Performanz auch dazu, die von Kontrollen Betroffenen darin zu unterstützen, Rechtsmittel einlegen zu können. Zwar erwähnte diesen Aspekt keiner der Interviewpartner, aber das Einmischen und das Anbieten von Hilfe etc. wird von Beratungsstellen gegen rassistische Polizeigewalt ausdrücklich empfohlen (Ergebnis einer telefonischen Rückfrage).

Eine weitere Widerstandshandlung sind Aktionen wie Veranstaltungen im öffentlichen Raum. Diese werden hochgradig symbolisch aufgeladen: Open-Air-Kino, Grillen auf dem Gehsteig und das Be-Setzen der Treppe werden als Zurückaneignungen von Territorium gerahmt. Bezeichnend ist hier vor allem, dass „Raumnahmen“ und das „Zurückholen von Raum von der Gegenseite“ voraussetzen, dass eine kollektive Wahrnehmung eines Belagerungszustands vorhanden ist.

Die hier skizzierten Formen der Gegenwehr sind keineswegs eine vollständige Aufzählung: In der Perspektive einer vertikalen Konfliktlinie, in der „Eliten“ als Gegenseite entworfen werden,

sind Formen der Partizipation und Gestaltung beispielsweise: selbstbestimmte Formen des Wohnens, partizipative Quartiersgestaltung, das Gründen von Initiativen, das Bereitstellen sozialer Angebote an Bedürftige, die Organisation von oder Teilnahme an Arbeitskreisen, Aufklärungskampagnen, Kundgebungen und Demonstrationen. Andere Formen des Widerstands sind Nicht-Kooperation und Verweigerung. Dass gerade diese kaum wahrgenommenen, aber für die Konfliktodynamik nicht weniger relevanten Positionierungen kaum Beachtung finden, ist mit Blick auf die Einhegung des Konfliktes hochriskant.

Die Sicht der Polizei

Die befragten Polizisten sahen insgesamt viel weniger eine vertikal verlaufende Konfliktlinie als die Anwohner. Dies könnte damit zu tun haben, dass sie an ihrem Arbeitsplatz fokussiert sind auf polizeiliche Aufgabenerfüllung und konkrete Situationen nicht wie viele Bürger vor Ort in einen politischen Kontext stellen. Keiner der befragten Polizisten zog in Betracht, dass die oben beschriebenen Themen am Hafenrand jede alltägliche Begegnung mit der Polizei ‚dirigieren‘:

„Auf der einen Seite wollen sie behandelt werden wie Peter aus Niendorf. Aber wenn ich 10, 20 Dealer im Garten stehen habe, dann habe ich ganz schnell ein Verfahren an den Hacken und dann durchsuchen die mein Haus.“ (Polizei LKA)

„Die Rolle der Polizei ist, Straftaten zu orten. Ich will doch keinen wegscheuchen oder verdrängen, oder verprügeln oder einsperren, um Gottes Willen!“ (Polizei Wache)

„Ein Ehepaar macht jeden Donnerstag Balkonkonzerte am Hein-Köllisch-Platz. Das ist eine Versammlung, die man anmelden muss. Und wenn man die anmeldet, würde die klar auch genehmigt. Das ist ein Dreizeiler [...] Die können es mit ihrem Gewissen nicht vereinbaren, mit staatlichen Institutionen zusammenzuarbeiten. Die kriegen jedes Mal eine Strafanzeige! Jedes Mal! Wegen Abhalten einer nicht angemeldeten Versammlung. Das ist verbiestert. Das begreife ich einfach nicht! Da ist Hopfen und Malz verloren. [...] Wir lösen das nicht auf, nein. Wir stellen uns daneben, gucken uns das an und schreiben eine Strafanzeige.“ (Polizei Wache)

„Für mich ist wichtig, dass der Staat sich nicht in die Knie zwingen lässt, was den öffentlichen Raum angeht. Wenn da ein Plakat hängt, in Gottes Namen. [...] Das ist so, wie wenn ich eine Demo begleite und alles brüllt, ‚Ganz Hamburg hasst die Polizei‘ - das sagt ja auch was aus. [...] Sie brauchen [als Polizist] das Grundvertrauen, und das muss man sich erarbeiten.“ (Polizei Wache)

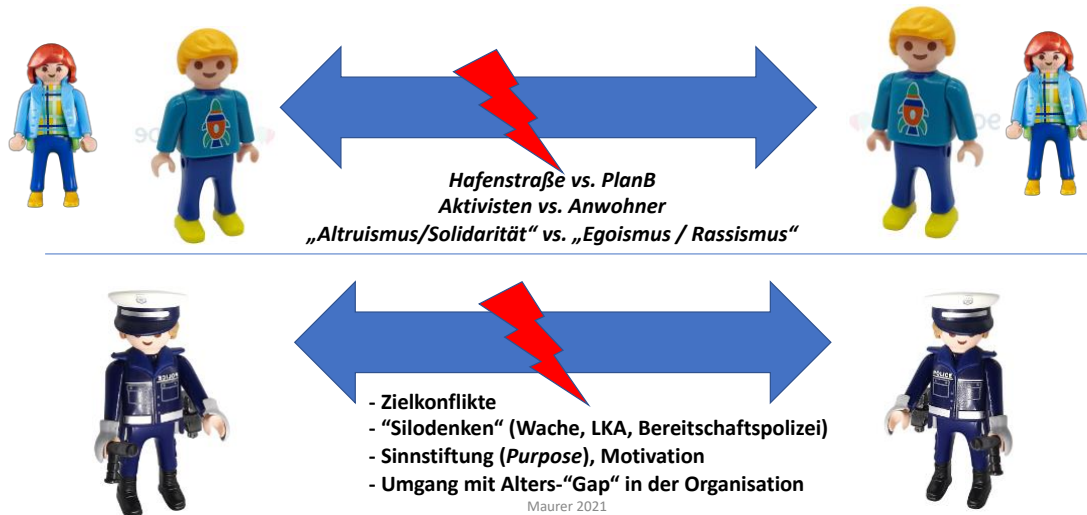
„Wir sind ein bisschen Spielball der Bevölkerung. Es wird aus der BNS angerufen und sich beschwert, dass hier Dealer sind. Wo man sagt, ‚Ok. Redet doch mal mit euren Nachbarn, die das zulassen‘. Da wird die Polizei gerufen und soll jetzt was machen. [...] Das ist die Crux: 20 Dealer sind zuviel. So drei, vier nette, gut aussehende, adrette, schwarze Dealer, das wär in Ordnung, aber bei 20, nee, das ist dann zuviel.“ (Polizei Wache)

Das Spektrum der Einschätzungen mit Hinblick auf die Beziehungen zur lokalen Bevölkerung ist recht weit. Die erste Aussage erkennt überhaupt keinen vertikalen Konflikt an: Hier wird ein moralischer Universalismus behauptet, dass nämlich für Alle dieselben Regeln Gültigkeit besitzen. Die Gleichheit vor dem Gesetz ist zweifelsohne ein Ausweis von Rechtsstaatlichkeit. Allerdings findet der Umstand keine Berücksichtigung, dass „Peter aus Niendorf“ nicht seit 20 Jahren in einer Sonderrechtszone lebt und nicht mit allen oben angesprochenen realen Belastungen und Herausforderungen konfrontiert wird. Eine andere Sicht auf diese Konfliktlinie ist der Verweis auf die Rolle und die Aufgabe der Polizei.

Vertrauen existiert oft nur in gegenseitiger Wahrnehmung: Dass die Polizei das Ziel verfolgt, den Rechtsstaat flächendeckend durchzusetzen, wird möglich, wenn Dialog stattfindet. Auch die Klage über anrufende Anwohner, die von der Polizei eine Quotierung der Diversity erwarteten, zeugt davon, dass das Verhältnis zwischen Polizei und Bürgern nicht nur angespannt und zerrüttet ist, sondern auch durch Normalität gekennzeichnet ist.

Die Polizei wird als willfähriger Erfüllungsgehilfe der Politik wahrgenommen. Sie wird nicht als Konfliktschlichter gesehen, sondern als zentraler Akteur in einem Konflikt. Sie wird mit einer „Besatzungsmacht“ assoziiert und von vielen nicht als bürgernah wahrgenommen.

Die horizontale Konfliktachse



Die zweite Determinante für die Konfliktodynamik ist horizontal und beschreibt Differenzen zwischen Angehörigen innerhalb vorgegeblicher Interessengruppen, die „Familienfehden“ ähneln. Während entlang der vertikalen Achse emotional aufgeladene Identitäten und Gefühle der Zugehörigkeit definiert und produziert werden, ist die horizontale Linie des Konfliktes stärker durch Eigeninteressen strukturiert. Die Differenzen unter Anwohnenden generieren nicht annähernd dieselbe Emotionalität – sie sind es aber, die den Alltag stärker beeinträchtigen und bestimmen.

- Konflikte innerhalb des Quartiers haben „interne“ Hierarchien, Deutungshoheiten, Differenzen in Einstellungen und Haltungen, die Mechanismen sozialer Kontrolle sowie Verhalten zum Gegenstand. Die Anwohner in St. Pauli-Süd sind keineswegs einig hinsichtlich der Problemdefinition: **Die Mehrheit der Befragten priorisierte den Konflikt zwischen Anwohnern und ‚Dealern‘.**
- Themen innerhalb der Polizei, die die Bearbeitung des Brennpunktes Balduintreppe erschweren, sind vor allem Motivation, Zielkonflikte, unterschiedliche Sozialisierungen in Wache und Bereitschaftspolizei („Silodenken“), sowie die derzeitige Altersverteilung in der Organisation.

Horizontale Konfliktlinie I: Anwohner

Die Interessengruppen unter den Anwohnenden und denjenigen, die den sozialen Raum bespielen, sind divers und vielfältig: Es gibt Menschen, die politisch hochaktiv sind und andere,

die gar keinen politischen Konflikt an der Balduintreppe sehen. Repräsentanten der Bevölkerungsmehrheit in St. Pauli Süd – junge Menschen mit Migrationsgeschichte – treten in den Debatten um die Situation Drogenhandel und der daraus resultierenden hohen Polizeipräsenz beispielsweise kaum in Erscheinung, was nicht bedeutet, dass sie kein Problem sehen.

Keiner der Befragten bewertet die Situation positiv und empfindet sie als unproblematisch/angenehm. Die Mehrheit der Anwohner fühlt sich im Alltag eingeschränkt und gestört. Gefühle von Unsicherheit und Angst im öffentlichen Raum, aber auch vor den eigenen Nachbarn wurden an Polizei und Bezirksamt herangetragen. Die Haltungen gegenüber den eigenen Nachbarn sind sehr heterogen. Neben der Zerrissenheit des Quartiers in der Frage, wie man mit der Situation an der Balduintreppe konstruktiv umgehen kann, dominieren Herrschaftsansprüche den lokalen Diskurs:

„Die Leute, die am meisten betroffen sind, die sind cool damit. Aber ich, die nicht in der Bernhard-Nocht-Straße lebt, fühle mich gestört, so dass ich auch schon die Polizei gerufen habe.“ (Anwohnerin St. Pauli-Süd)

„Mit Leuten aus der militanten Richtung gibt es keinen gewaltfreien Diskurs.“ (Zivilgesellschaftlicher Akteur)

„Das sind zum Teil hart frustrierte Leute. Es ist ein Auslassen von Frust in einer Situation, die als cool wahrgenommen wird, dass man sich involviert in einen Polizeieinsatz.“ (Gewerbe, St. Pauli-Süd)

„Mich stört das nicht [Dealen], ich häng mich da bewusst nicht so rein. Die fragen mich, ‚alles gut?‘ und dann sag ich, ‚Ja, alles gut‘ und geh weiter.“ (Anwohnerin Hafensstraße)

„Die [Dealer] stehen genau im Hauseingang, super-nervig. Ständiges Angequatsche. Die wissen doch, dass ich hier wohne, und wieso lassen die mich nicht in Ruhe. Ich fühle mich echt belästigt.“ (Anwohner Hafensstraße)

„Es gibt Äußerungen wie ‚Meine Kinder sind nicht sicher auf dem Schulweg, weil die von schwarzen Dealern angesprochen werden‘ und ‚Für Frauen ist es unsicher/unerträglich, da langzugehen, die werden angesprochen.‘ Das sagen auch Frauen. Oder dass Nachbarn in der Bernhard-Nocht-Straße dazu aufrufen, sich zu organisieren, weil der Lärm von schwarzen Menschen, die dort stehen, und einige von ihnen Drogen verkaufen, ein großes Problem ist. Da gehen Antennen an bei mir. Da muss man genau drauf gucken. [...] St. Pauli ist ein Stadtteil, in dem man als Frau oft einen Spießbrutenlauf machen muss, leider, und vielleicht hier und da angequatscht oder angefasst wird, was ich total verurteile. Aber das zu reduzieren auf ‚das ist die Situation an der Balduintreppe und das ist untragbar‘, da sind wir in etwas, das rassistisch aufgeladen ist.“ (Zivilgesellschaftlicher Akteur)

Eindrücklich belegt die letzte der obigen Aussagen, wie Anliegen der Nachbarn von manchen als illegitim zurückgewiesen werden.

Die Anwohner, die das Problem nicht im Drogenhandel, sondern in der Strafverfolgung Geflüchteter sehen, beanspruchen die Deutungshoheit über den Konflikt für sich. Durch ein hohes Maß an sozialer Kontrolle werden abweichende Sichtweisen von Nachbarn, die sich über die permanente Anwesenheit der Männer beschweren, als rassistisch diffamiert.

Auch wird von manchen behauptet, sie würden den Stadtteil bzw. das Quartier in seiner Gesamtheit repräsentieren. Die Probleme, die ein offener Drogenmarkt mit sich bringt, (z.B. die hohe Fluktuation nicht nur von Anbietern vor Ort, sondern auch von Kunden) wurden nur vereinzelt angesprochen. Häufiger genannt wurden die (ausbaufähige) Diskussionskultur, ein zuweilen als bedrohlich empfundenen Maß an sozialer Kontrolle respektive der Vorwurf des

Rassismus. Abgesehen von sehr wenigen Gesprächspartnern wurde das Verüben von Straftaten (Drogenverkauf) nicht als Grund dafür angeführt, dass die Männer an der Balduintreppe stören. Geäußert wurde sich vorwiegend zu deren (Sozial-)Verhalten gegenüber den Anwohnern. Bemerkenswert ist, dass jede:r, die sich kritisch über die Präsenz der Schwarzafrikaner an der Treppe äußert, von sich aus eine präventive Erklärung abgibt, dass und weshalb der Unmut über die Situation nicht rassistisch motiviert ist:

„Rassistisch ist, wenn ich nicht sage, dass die mich in Ruhe lassen sollen und das nur, weil die schwarz sind. Die nerven mich und das sag ich denen. So. Die sollen mich in Ruhe lassen. Ob sie jetzt grün, blau, oder orange sind, ist mir egal.“ (Anwohner Hafensstraße)

„Das ist ziemlich durchmischt hier. Eine Nachbarin ist total genervt. Die wird immer von denen angelabert, die sind total unfreundlich, und sitzen vor ihrer Haustür. Die hat mit Rassismus gar nichts zu tun, die wohnt da seit 30 Jahren. Das kenne ich wiederum gar nicht, weil die zu mir immer freundlich sind.“ (Anwohnerin Hafensstraße)

„Anwohner sagen, ‚Wenn es regnet stehen die [Dealer] im Hauseingang und ich komm nicht rein. Das ist alles ätzend, die sind laut, ich kann nachts nicht schlafen.‘ Und wenn man fragt, ‚Warum sagt ihr denn nix?‘ Dann geht der Finger in Richtung Hafensstraße. Die Leute haben Angst vor Repressalien: ‚Man kennt die ja, die sind auch gewalttätig.‘“ (Polizei Wache)

„Es gibt sehr viele Menschen, die sagen, ‚wir sind St. Pauli‘ oder ‚ich bin St. Pauli‘. Und die, die leiden, wenden sich im Stillen an uns und bitten um Hilfe. Das ist da ausgesprochen dominant. [...] Beschwerden erreichen mich von Anwohnern, die nicht wollen, dass ihre Kritik bekannt wird, weil sie sich vor ihren Nachbarn fürchten. Weil sie Angst haben, einem sozialen Druck ausgesetzt zu werden. [Sie] trauen sich nicht, ihre Kinder da vorbeilaufen zu lassen.“ (Bezirksamt Mitte)

„Menschen trauen sich nicht, zu sagen, dass sie ein ungutes Gefühl haben. Dass es Probleme gibt mit den Konsumenten, die eine Aggression mitbringen, wenn sie an ihren Stoff nicht rankommen oder wenn es Streitigkeiten untereinander gibt. Das darf alles nicht erwähnt werden. Das ist ein Scheindiskurs.“ (Zivilgesellschaftlicher Akteur)

Eine (öffentliche) Positionierung für polizeiliche Maßnahmen bedeutet für Betroffene auch sozialen Ausschluss. Insgesamt gibt es nur wenige ideologische Zusammenhänge unter den unterschiedlichen linken Gruppen vor Ort; einige Zusammenhänge ergeben sich aus Jobs und aus ehrenamtlichen Arbeiten; die Trutzburg am Hafensrand ist intern ideologisch eher nur lose verbunden; es existieren durchaus auch Feindschaften.

Betrachtet man diese quartiersinternen sozialen Kontrollmechanismen und die im letzten Abschnitt beschriebene Rhetorik des „aufeinander aufpassen“, zur Bewahrung der ‚autochthonen‘ lokalen Lebensweise, dann scheint in der Schnittmenge eine permissive Norm auf, die abweichende Sichtweisen diskreditiert und bevormundet.

Einige aktivistische Akteure inszenieren sich durchaus auch als Moralunternehmer: Indem sie das ‚einzig Richtige‘ tun (nämlich den Menschen an der Treppe deren ohnehin gebeuteltes Leben nicht noch zusätzlich zu erschweren) wird eine Dichotomie entworfen:

Altruismus / Solidarität versus Egoismus / Rassismus

Streitpunkte zwischen Anwohnern

Themen, die die Anwohner spalten, sind 1. Drogen, 2. die Exposition von Drogen gegenüber Kindern – direkt angrenzend sind Schulen und der Park Fiction, der von Kindern und Jugendlichen genutzt wird, 3. der Umgang mit Frauen.

Drogenverkauf in der Öffentlichkeit:

„Ich finde es nicht schlimm, dass hier Leute harte Drogen verkaufen.“ (Anwohnerin Hafenstrasse)

„[Drogen] haben hier ganz viel zerstört. Wir wollen nicht, dass Junkies rumlaufen und dass vor der Tür Koks verkauft wird.“ (Anwohner Hafenstrasse)

„Uns Anwohner (stört) dieses ewige, ‚Hello my friend, alles gut?‘ oder ‚Moin, brauchst du was?‘ Man mag es nicht hören. Es ist eine große Verlegenheit. Ich selber wünschte mir das komplett anders! Ich würde gerne mit denen einen Kaffee trinken. [Aber] ich will mich nicht gemein machen lassen mit dieser Sache. Ich finde das Scheiße, dass die da Drogen verkaufen! Drogen machen Menschen kaputt!“ (Zivilgesellschaftlicher Akteur)

Der Kontakt, den Kinder mit dem Drogenmarkt haben:

„In der Drogen-AG sind Vertreterinnen der Elternschaft und der Lehrerschaft, Gewerbetreibende und Bewohnerinnen. Und ein paar Copwatch-Leute. Die mit den Schwarzen reden und denen sagen, ‚Wir haben nichts dagegen, dass ihr hier rumsteht und ob ihr Gras verkauft ist uns egal. Aber macht das bitte nicht, wenn die Schule geöffnet ist.‘“ (Anwohner Hafenstrasse)

„Es gibt Eltern, die sagen, ‚Kein Bock, dass die [Dealer] mein Kind anlavern‘. Da haben alle Verständnis für. Gleichzeitig gibt es keine Idee, wie man das besser löst. Dann wird auf Menschenrechte gepocht. Nur: ein Kind und ein Dealer haben beide dieselben Rechte.“ (Gewerbe, St. Pauli-Süd)

„Ich hab gesagt, ‚Wenn ihr das nachts macht, ist mir das egal. Aber wenn ich mittags mit meinem Sohn durch die Haustür gehe und ihr schiebt euch hier gegenseitig was zu, das ist nicht so cool.‘ Da sind die auf die andere Seite gegangen. Also, ich habe da total gute Erfahrungen mit.“ (Anwohnerin Hafenstrasse)

„Es gab Fälle, wo sich das Publikum, das die anziehen, sich auf unseren Schulhof verirrt hat. Die Konsumenten sind unberechenbarer als die Dealer. Geistig nicht ansprechbare Leute! Kein normaler Mensch geht los und kneift Hunde! [So passiert auf dem Schulhof] Oder dass jemand auf Toilette von einem Mann belästigt wurde [in der Schule].“ (Anwohnerin St. Pauli-Süd)

Das Verhalten der afrikanischen Männer gegenüber Frauen:

„Kolleginnen im Team haben keinen Bock auf [die]. [Sie sind] der Meinung, das sind Chauvinisten. Die hören überhaupt nicht auf meine Kolleginnen und die haben dann keinen Bock, alleine zu arbeiten. Das ist ein ungeklärter Konflikt, der sicherlich die Situation im Hafen auch widerspiegelt.“ (Anwohner St. Pauli-Süd, Aktivist)

„Viele Frauen [finden] es unangenehm und unsicher ab einer gewissen Anzahl von Männern, die da stehen. Aber das ist ein Tabu. Wenn man das sagt, dann haben manche Angst, dass man als Rassistin gilt. Es ist schwierig, da offen zu sprechen.“ (Zivilgesellschaftlicher Akteur)

„Die Dealer, die nicht so anti-Frau-mäßig abgehen und so mackermäßig, das finde ich total ok, dass die sich da schützen können, weil ich auch absurd finde, dass ausgerechnet das Ende der Kette verfolgt wird.“ (Anwohnerin)

„Mich kennen die mittlerweile. Manche sprechen mich an, aber das ist ja dann kein Flirten, die wollen dann checken, ob ich irgendwas kaufen will.“ (Anwohnerin Hafenstrasse)

„Manchmal will [ich] da einfach in Ruhe sitzen. Dann kommen die und sagen, ‚Hallo du Hübsche, du bist so schön‘, und ich sage, ‚Lass mich in Ruhe.‘ Das funktioniert nicht, die lassen mich nicht in Ruhe. [Erst] wenn ich sage, ‚Mein Ehemann wartet zuhause.‘ Ich hab keinen Ehemann (lacht), aber ... dann ist gut. Also, ich hab für mich eine Lösung gefunden. Das kann man jetzt doof finden, oder sagen, wieso, die sollen mich gleich in Ruhe lassen, aber da gibts auch Kulturunterschiede.“ (Anwohnerin Hafenstrasse)

„Wenn mich Freunde besuchen, die woanders wohnen, die haben richtig Angst. Die fühlen sich belästigt da. Aber das kenne ich jetzt nicht von Anwohnern.“ (Anwohnerin Hafenstrasse)

Der erste Streitpunkt „Drogenverkauf“ ist unter den Anwohnern kaum aushandelbar: Alle Akteure vor Ort wissen, dass nicht nur „ein bisschen Gras“ gehandelt wird, sondern dass entsprechend nach Angebot und Nachfrage alles an BtM verkauft wird. Fragt man geschlossen nach persönlicher Präferenz (Drogenverkauf dort Ja oder Nein?) ist die Mehrheit der Forschungsteilnehmer gegen Drogenhandel. Der Exposition von Kindern gegenüber dem Drogenhandel wird mit mehr alltagspraktischen Kompromissen begegnet; zugleich gerät mit der Referenz auf „Menschenrechten“ die Schutzbedürftigkeit von Kindern in den Hintergrund. Während der Dialog mit den ‚Dealern‘ gesucht wird, um Verkaufszeiten und Standorte zu verhandeln, thematisierten (erwachsene) Befragte die negativen Auswirkungen, die durch Konsumenten entstehen, nicht. Eine ehemalige Schülerin hingegen beschreibt, dass durch die Käufer der Raum – das Schulgelände eingeschlossen – für sie unsicher wurde. Das Verhalten der schwarzafrikanischen Männer gegenüber Frauen stört Anwohnerinnen, obgleich sie Strategien entwickeln, möglichst nicht behelligt zu werden. Nicht nur sexistische Belästigungen wurden beklagt; auch Männer beschwerten sich über die Penetranz und Aufdringlichkeit, mit der ihnen BtM angeboten werden.

Die Genossenschaft und Plan B

Konflikte gibt es auch zwischen Plan B und der Genossenschaft. Entscheidungsprozesse im Plenum führten bislang nicht zu tragfähigen Lösungen:

„Das ist ein permanentes Thema. Man hat nie genug Zeit, zu einem Konsens zu kommen. Wir sind am Wochenende schon woanders hingefahren und haben uns eingemietet und stundenlange Plena gemacht. Aber es kommt nie was dabei rum.“ (Anwohnerin Hafenstrasse)

„Die Hafenstrasse, die wollen den Garten zumachen. Wir wollen das nicht. Wir sind da zwei Leute [...]. Wir wollen das auflassen, weil das ist Solidarität. [Wir wollen] Stück für Stück etwas Gutes mit den Afrikanern machen. Mal gucken, ob wir das schaffen oder nicht.“ (Anwohner Hafenstrasse)

„Wir im Plan B haben sozusagen die größte Verfügungsgewalt über den Garten, weil der direkt zu uns geht. Aber der gehört auch der Genossenschaft. Wir müssen einen Umgang finden und da sind die anderen Häuser nicht so zufrieden mit. Es ist nicht homogen in den Häusern.“ (Anwohnerin Hafenstrasse)

„Es gibt unterschiedliche Meinungen. Es gibt Leute die sagen, mich stört die Polizei nicht, mich stört eher das Verhalten der Personen vor Ort, die afrikanischen Männer.“ (Anwohner St. Pauli-Süd, Aktivist)

„Die Polizeipräsenz stresst uns massiv. Wir sind nicht die Hauptleidtragenden; das sind die schwarzen Jungs vor der Tür. Na klar gibts auch die Forderung nach mehr Polizei und zwar solange, bis die weg sind. Auch innerhalb der Hafestraße.“ (Anwohner Hafestraße)

„Die Leute sind müde. [...] Die ganze Situation macht gar keinen Sinn. Die Jungs müssen sich auch selber was suchen.“ (Anwohner Hafestraße)

„Kneipen und Läden lassen maximal vier schwarze Leute rein gleichzeitig. Aus Geschäftsgründen. Denen unterstelle ich keinen Rassismus. Weil die Schwarzen nicht viel trinken, viele sind Moslems, und blockieren die Kneipe. Die hängen da den ganzen Tag rum, trinken zwei Tee und ne Cola und Kickern.“ (Anwohner Hafestraße)

„Ich finde es nicht gut, dass die bei uns auf dem Klo ihr Zeug deponieren. Da bin ich mir sicher, dass die auch unsere Räume als Bunker nehmen. Es ist eine Realität, die da ist.“ (Aktivistin)

Plan B ist keine Integrationsfigur im Quartier. Einige der Bewohner haben Bezüge ins Viertel, weil sie auch in der GWA (Gemeinwesenarbeit St. Pauli e.V.) tätig sind. Die Mehrheit der befragten Anwohner, und auch viele Widersacher in der Genossenschaft teilen die Haltung nicht, man müsse Widerstand gegen die Polizei leisten, um den Schwarzafrikanern Schutz zu gewähren, wenn diese Drogen verkaufen. Dabei geht es nicht nur darum, nach außen Gruppenkohäsion zu demonstrieren, indem man gemeinsam gegen die Polizei ist bzw. sich solidarisiert. Zum Einen ist der Leidensdruck in der Bewohnerschaft zu hoch (Lärmbelastung, Polizeipräsenz, interne Kämpfe mit der Genossenschaft), als dass der Aktionismus als rein in der Tradition der Spaßguerilla stehend betrachtet werden kann. Das Motivationsspektrum der Aktivistinnen reicht von Betroffenheit/dem Wissen um eigene Privilegien, über das Engagement für humane Interventionen (akute Direkthilfe vor Ort), bis hin zum Wissen, Mikromachtbereiche qua moralischer Überlegenheit auszuweiten.

Mehr noch als die (optionale) Schließung des Hinterhofs durch die Eigentümergenossenschaft ist die *de facto* Nutzung des Gartens ein wunder Punkt, der in den Interviews nur beiläufig erwähnt wurde:

„Die gehen trotzdem rein. Da ist ja nur eine kleine Tür. Nachts wollen wir zumachen.“ (Anwohner Plan B)

„Man hat keinen Einfluss darauf. Also nur ein Stückweit. Die Frage ist, wie doll wehrt man sich dagegen, dass die Geflüchteten im Garten abhängen. Da gab es schon verschiedene Ansätze, aber die sind alle immer gescheitert.“ (Anwohnerin Plan B)

„Man kommuniziert, dass die Geflüchteten nachts nicht hier sein dürfen. Aber das muss man auch durchsetzen, und es kontrolliert keiner, dass nicht wieder jemand reinkommt. [...] Das eine Extrem wäre, man baut eine Mauer. Das will keiner, das ist das Drohszenario, wenn man wirklich verhindern will, dass jemand reinkommt. Das andere Extrem wäre, man lässt die da sein und versucht, denen Angebote zu schaffen [und], sich mit denen zu organisieren. Es ist nicht so, dass alle sich freuen, wenn hier 30 Männer im Garten stehen. Zum Beispiel wenn man im Home office arbeitet oder schlafen möchte ist das nervig. Aber hauptsächlich ist die Polizei das Belastende.“ (Anwohnerin Hafestraße)

„Nach einer Durchsuchung im Hinterhof, wo Kokain und Ecstasy [...] gefunden wurde, haben die Bewohner den Hinterhof verschlossen. Die haben das Tor mit einer Kette gesichert und haben den Schwarzafrikanern den Zutritt verwehrt. Das hat aber nicht lange gedauert, [...] und sie sind wieder auf den Hof gesickert.“ (Polizei)

Die Bewohner haben offenbar keine Kontrolle darüber, wann und von wem der Garten betreten wird. Nun ist eine Anzeige wegen Hausfriedensbruchs bei der Polizei für Angehörige der (ideologisch linken) Hausbesetzerszene keine veritable Option. Was als Handlungsspielraum bleibt, ist ein offensiver Umgang („Angebote schaffen“), um (sich selbst und anderen) zu signalisieren, dass man die Kontrolle über das eigene Territorium habe.

Horizontale Konfliktlinien II: Innerhalb der Polizei

Das Führungspersonal unterschiedlicher Verantwortungsbereiche (Wache, LKA, Task Force) kooperiert und steht im regelmäßigen Austausch, was Strategie und Taktik der BtM-Bekämpfung an der Balduintreppe betrifft. Die seit August 2020 arbeitende Dienstgruppe arbeitet operativ (repressiv, zivil), aber auch präventiv. Die befragten Polizisten beschrieben die Zusammenarbeit als reibungslos. Lediglich zwischen „Kommunikatoren“ und „Hardlinern“ gebe es Differenzen:

„[XY] Weg ist nicht mein Weg. Er wollte mehr Dialog. Er hat gehofft, dass die Anwohner auf den Trichter kommen und sagen, ‚wir schließen den Hinterhof. Wir unterstützen das nicht mehr.‘ Das wird nicht passieren. Aber wenn er Erfolg hat damit, ist ja alles toll. Jetzt wird einmal in der Woche der Hinterhof mindestens betreten und durchsucht. Und es wird immer sehr viel BtM gefunden.“ (Polizei)

Drei Bereiche innerhalb der Organisation bedürften der genaueren Durchleuchtung:

1. Zielkonflikte
2. „Silodenken“: Bereitschaftspolizei vs. Wache
3. Nachhaltigere Adressierung der derzeitigen Altersverteilung in der Polizei
4. Sinnstiftung und Motivation für den Auftrag „Balduintreppe“

Zielkonflikte

Jenseits des polizeilichen Auftrags (Strafverfolgung) gibt es innerhalb der Polizei große Differenzen: Beginnend mit der Anamnese (einige halten die „Linken“ für das Problem, andere den Drogenhandel); über die Diagnose der Situation bis hin zur Zielsetzung polizeilichen Handelns:

„Dieses Stadtbild wollen wir nicht. Wir, die Behörde. Aber ich als Hamburger Polizeibeamter möchte nicht, dass es so einen rechtsfreien Raum gibt. [...] Ich habe mir den Görlitzer Park angeguckt und [...] solche Verhältnisse müssen wir verhindern. Das kriegen wir dadurch hin, dass wir ständig den Finger drauf halten.“ (Polizei)

„Wir begrenzen den Handel an der Balduintreppe. Das Phänomen ist da und wird auch bleiben. Es muss für die Anwohner dort ein möglichst erträglicher Zustand sein. Das gilt für die, die dort wohnen und sagen, das ist doof. Das gilt auch für die, die sagen, die polizeiliche Präsenz ist auch doof.“ (Polizei)

„Wir beschränken uns auf das, was polizeilich möglich ist mit den vorhandenen Ressourcen. Nur mit polizeilichen Mitteln werden wir das da unten nicht lösen.“ (Polizei Wache)

„Drogenhotspots sind ein Kampf gegen Windmühlen. [...] Wenn, dann muss man das konsequent durchziehen. Nur so kriegt man das hin.“ (Polizei LBP)

Einige (vorwiegend an der Wache arbeitende Polizisten) sahen die Zielsetzung des Auftrags an die Situation angepasst, während andere (eher LKA, LBP) die konsequentere Durchsetzung von Normen befürworteten. Mit Normen sind hier nicht strafrechtlich relevante gemeint, die für alle befragten Polizisten den Handlungsrahmen vorgeben. Vielmehr sind individuelle Moralvorstellungen der Befragten mehr oder weniger tolerant gegenüber abweichenden „Normalitätsfiktionen“. In der polizeilichen Praxis werden Hoffnungen auf die Wirksamkeit des Normativen, die für Polizisten auch handlungsleitend und sinnstiftend sind, oft überfordert und enttäuscht.

„Silodenken“ in der Polizei

„[Bereitschaftspolizei] ist anonymer. Wir kommen in die verschiedensten Gebiete und sind dann dort einen Tag [...] und dann zwei, drei Wochen nicht mehr. Dann ist ein angefangenes Gespräch auch wieder dahin.“ (LBP)

„Gerade wenn ich in der Bereitschaftspolizei sozialisiert bin, bin ich eher bei deren taktischem Denken als wenn ich an der Wache sozialisiert bin. Diese unterschiedliche Sozialisierung macht tatsächlich ein großes Problem im taktischen Einsatz und in der Kommunikation.“ (Polizei Wache)

„Es wurde von links da unten mehrfach gesagt, ‚Es wäre schön, wenn Ihre eigenen Leute das machen, erfahrene Leute, als immer diese Bereitschaftspolizisten. Es wird ja viel der negativen Einsätze oder der negativen Kollegen... man erkennt sie ja auch. Das sind ganz junge Leute.‘“ (Polizei Wache)

„Die [Anwohner] sind immer froh, wenn Leute vom PK irgendwo einschreiten. Die Bereitschaftspolizei, die geben sich auch Mühe, aber das ist ne andere Truppe. Denen fehlt Background, Erfahrung.“ (Polizei Wache)

„Sie werden immer für die Dinge geholt, die ich mit den eigenen Ressourcen nicht hinbekomme. Sind Dienstleister, mehr sind sie nicht. Haben keine Verantwortung, sondern sind Dienstleister im Auftrag des PK, oder des Reviers. Aber nichtsdestotrotz muss man abschütteln, dass keiner mich liebhat, und ich mich nur schützen muss. Man muss gucken, was kann ich auch zulassen, vielleicht auch mal ergebnisoffen in eine Situation gehen. Das macht ja hier keiner in der Polizei.“ (Polizei Wache)

Ogleich die Ausprägung von „Silodenken“ in hierarchischen Organisationen regulär anzutreffen ist¹⁴, ist es der Bearbeitung der Situation vor Ort abträglich: Der Bürger möchte die Polizei als eine homogene Institution wahrnehmen. Die Vorhersehbarkeit polizeilichen Handelns ist auch ein wesentlicher Faktor für das Sicherheitsgefühl. Ein unterschiedliches Auftreten und Verhalten unterschiedlicher Funktionsbereiche der Polizei in der Öffentlichkeit wird von der Bevölkerung als Inkohärenz verstanden. – Zum Beispiel wirkt die Simultaneität praktizierter Bürgernähe des BFS (besondere Fußstreife) einerseits und die im Mannschaftswagen wartende Verstärkung der Bereitschaftspolizei am Fischmarkt oder in der Kehre Antonistraße auf Anwohner sehr irritierend.

Eine höhere Identifikation mit dem Reviergebiet, dessen Bewohnern und deren Bedürfnissen haben Polizisten, die an der Wache arbeiten. In der Bereitschaftspolizei hingegen ist die Gruppe, die als operative Einheit zusammenbleibt, ein Sozialverband, der – wie an der Balduintreppe – zum Rückzugsraum werden kann, wenn der Einsatzort (bzw. der Ausschnitt,

¹⁴ Pohlmann, Markus (2020): Selbstorganisation und organisationale Kriminalität. In: Geramanis, Olaf; Hutmacher, Stefan (Hrsg.): Der Mensch in der Selbstorganisation. Kooperationskonzepte für eine dynamische Arbeitswelt. Springer, Wiesbaden.

den Beamte mitbekommen) einem feindlich gesinnt erscheint und Polizisten von Anwohnern beschimpft werden und sich bedroht fühlen.

Altersverteilung in der Polizei

Die - naturgemäß - fehlende Berufserfahrung bei vielen frisch ausgebildeten Polizisten wird von allen Führungskräften beklagt.

„Es gibt Streifenwagenbesatzungen, wo die polizeiliche Erfahrung multipliziert 2 Jahre sind. So kann es am Hafenanrand bei den Einsatzzügen auch sein. Dass Leuten ein Schild über den Kopf gehalten wird, und die sollen damit adäquat umgehen; das ist für jeden schwierig, aber für die, die super-unerfahren sind, ist es noch schwieriger.“ (Polizei)

„Wir haben ganz viele junge, unerfahrene Kollegen. Die teilweise direkt nach der Ausbildung in die BtM-Truppe reinmüssen. [S]elbst wenn sie hier 4 Monate in der Schicht waren, haben sie noch kein Feeling dafür. Uns fehlt der Mittelbau. Der erfahrene Kollege, der das schon ein paar Jahre macht, mit einer gewissen Gelassenheit. Die alten Hasen sind ganz junge Leute hier.“ (Polizei)

„Unerfahrenheit. Ganz viel Angst als Berufsanfänger. Angst davor, angesprochen zu werden. Eine Situation zu haben, die ich nicht meistern kann. Dass irgendjemand eine Diskussion anfängt. Physisch oder psychisch. Vor dem Chef. Wenn der Chef aufläuft und sagt, das macht ihr nicht richtig. Dann Neugierde: Finde ich einen Bunker? Erfolgserlebnis. Dann: rechtschaffener Polizist sein: ‚Ich geh jetzt hier mal hin, denen zeig ich, wer hier den Most holt‘. Das ist wie ein Sack Flöhe. Wir weisen jeden Tag die Kräfte ein [...] Da kommen Sie nicht ran, die haben auch ihr Eigenleben. Aus diesen verschiedenen Faktoren.“ (Polizei Wache)

Sinnstiftung

Die Motivation (*Purpose*) bei den Polizisten für den Auftrag Balduintreppe speist sich aus sehr unterschiedlichen „Erfolgsparametern“ und wird korreliert mit dem Erreichen von Zielen, die sich (je nach Hierarchieebene) unterscheiden:

„Wenn einem langweilig ist, und das ist öfter, dann fangen wir an, nach Bunkern zu suchen. In Erdreihen, auf Autoreifen, hinter Verkehrsschildern, in Mülleimern, in Gebüsch, hinter Regenrinnen. Die verstecken das überall. Manchmal hat man Glück. [...] Man findet regelmäßig was. Aber man sucht manchmal auch wirklich lange.“ (Polizei LBP)

„[Wir gehen] in Zweiertteams raus und schauen nach dem rechten. Wieviele Leute befinden sich auf dem Hinterhof? Wieviele im angrenzenden Antonipark? Wieviele an der Balduintreppe? Das wird durchgemeldet ans PK15. Die freuen sich dann immer, das ist so Statistikram. Weil es darum geht, den Ort als kriminalitätsbelastet zu dokumentieren, und halt als Gefährlicher Ort.“ (Polizei LBP)

„Den polizeilichen Erfolg des Verdrängens oder des Nervens, den sieht man nicht, den spürt man auch nicht. Wenn man Polizist ist, dann möchte man einfach auch mal jemanden festnehmen. Nicht nur rumlaufen und zeigen, ‚Ich bin da‘.“ (Polizei Wache)

„Eine Fußstreife unter dem Rubrum BtM ist langweilig. Alle, die hierher müssen, die kommen nicht gerne. Fußstreife im Wohngebiet laufen und es passiert nichts. Das wird nicht gerne gemacht. Die wollen schon Orientierung an irgendeiner Sache haben.“ (Polizei Wache)

„Der Auftrag Balduintreppe ist in Uniform. Da nehmen wir sehr, sehr wenige fest. Voraussetzung für eine Festnahme ist, sie haben eine Straftat begangen, und das in Uniform zu beobachten ist sehr schwer.“ (LBP)

„Wir sind dazu da, die Szene in Bewegung zu halten, dass die sich nicht zu wohl fühlen und noch Ladengeschäfte aufmachen. Man hat uns am 15er gesagt ‚Man merkt, dass die Bereitschaftspolizisten nicht da sind [Anm. Coronastreifen], die breiten ihren Bauchladen schön auf der Parkbank aus, sortieren ihre Beutelchen, weil die sich pudelwohl fühlen. Ich denke, dass wir sie durch unsere Präsenz gut unter Wind halten.“ (Polizei LBP)

„Die uniformierte polizeiliche Präsenz ist das eine. Nur spazieren gehen bringt nichts. Auch das Überprüfen und das Belegen mit gefahrenabwehrrechtlichen Maßnahmen führt zu was. Die Menschen ins Hellfeld holen. Da kommen ja noch ausländerrechtliche Verstöße mit rein [...]“ (Polizei Wache)

Erfolgsparameter für Fußstreifen an der Balduintreppe sind:

- BtM in öffentlichen Raum aufspüren
- Dienstleistung für das PK, indem Aufenthaltszahlen für die Statistik erhoben werden
- Festnahme von BtM-Händlern

Ihre Aufgabe sahen Polizisten im Präsenz zeigen („Verdrängen und Nerven“, „Unter Wind halten“) und im Treffen von Maßnahmen, um Menschen ins Hellfeld zu holen.

Der Auftrag „Balduintreppe“ wird mit Eintönigkeit, Langeweile, Sisyphosarbeit und Resignation assoziiert – dies gilt nicht nur für die Bereitschaftspolizei, sondern auch für Führungskräfte an der Wache:

„Teilweise haben wir Personen, die schon dreistellig ins Hellfeld geraten sind. Wo ein großer Anteil Handelsstraftaten dabei ist. Was muss man denn noch machen, um jeglichen Respekt zu verlieren. [...] Aber es ist auch so, dass man sagt, ‚Kokain ist zwar eine harte Droge, aber eigentlich ist sie in der Mitte der Gesellschaft angekommen.“ (Polizei Wache)

„Hier gibt es Züge und Gruppen, Zugführer auch - meistens ist es das Führungspersonal - die finden BtM total scheiße. BtM wird nicht gerne gemacht.“ (Polizei Wache)

„Es gibt [LBP]Gruppen, die viel im [Bereitschaftsraum] sitzen, es gibt aber auch Gruppen, die sind draußen. Manchmal beziehen wir sie in die BTM-Dienstgruppe mit ein. Die sind komplett unterschiedlich motiviert. Wenn sie das zusammen machen können mit uns, das finden sie super. Weil sie dann auch mal Erfolge haben können. Die Kollegen (LBP) wurden eine ganze zeitlang allein gelassen hier. ‚Kommt zum PK15, lauft eure Runde, und dann geht ihr wieder.‘ [...] Wir machen das jetzt ein halbes Jahr lang, und ich krieg Rückmeldungen aus der LBP, ‚das macht wieder Spaß, hier zum PK 15 zu kommen‘.“ (Polizei Wache)

Gegengesteuert wird nicht inhaltlich, sondern organisatorisch: Um die Motivation zu steigern, wurde neben der Einbeziehung von respektive Zusammenarbeit mit der LBP eine attraktive Arbeitszeiteinteilung (3- und 5-Tage-Wochen im Wechsel) eingeführt. Beide Instrumente zielen nicht auf Sinnstiftung ab und kompensieren nicht langfristig das Erfüllen einer sehr undankbaren Aufgabe:

„Da braucht man gar nicht viel erzählen. Dass da wieder jemand einen beleidigt hat, das gehört da einfach dazu. Das kennen die Leute, die von hier [Alsterdorf] dahinfahren.“ (Polizei LBP)

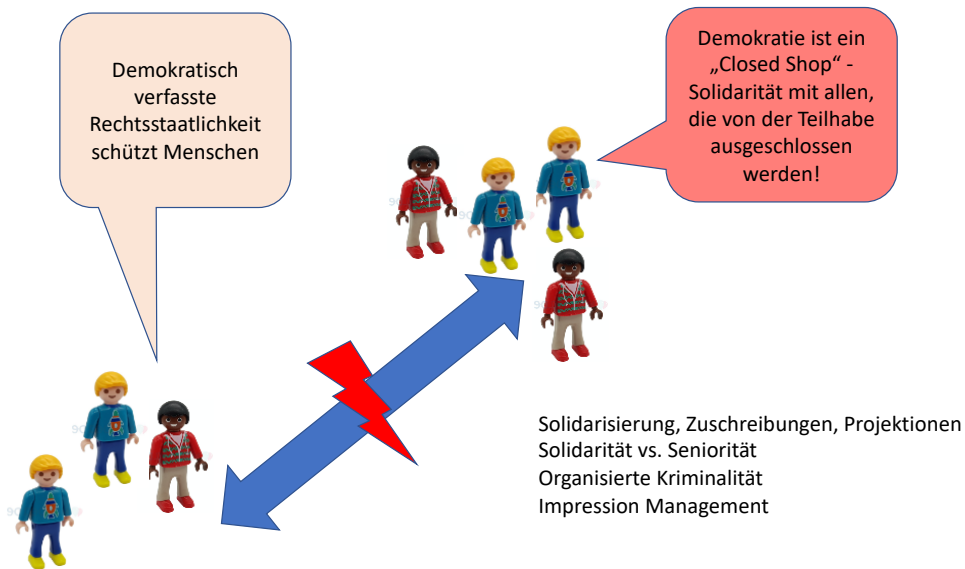
„Die Anwohner fühlen sich belästigt von uns.“ (Polizei LBP)

Ausgehend vom PK 15 wurden zugleich über Jahre durch engagierte und sensible Bürgerarbeit in der Vergangenheit unterschiedliche Kommunikationsebenen geschaffen. Auch ist der BtM-Handel durch die polizeiliche Strafverfolgung über die letzten Jahre signifikant zurückgegangen. Diese inkrementelle Entwicklung übersetzt sich jedoch nicht in den Arbeitsalltag von Polizisten.

Daraus leiten sich zwei Schlüsse ab:

1. Bei den genannten polizeilichen Erfolgsparametern (nach denen Menschen ihr Handeln auch ausrichten) kann es kaum verwundern, dass viele Anwohner im Quartier die Polizeipräsenz als permanente Belagerung, Kontrolle und „Herumschnüffeln“ wahrnehmen und ablehnen. Neben „Drogen finden“ und „Statistik füttern“ ist das Verhältnis von Festnahmen und betriebenem Aufwand kein günstiges.
2. Menschen haben nicht nur das Bedürfnis nach Erfolg, sondern auch nach Orientierung und Sinn. Einige der Bereitschaftspolizisten, mit denen Gespräche geführt wurden, meuterten gegen die Auftragsbeschreibung. Fast alle suchten nach Alternativen und Lösungen und äußerten Ideen, was man dort „besser“ machen könne. Dass die aktuelle und nicht zufriedenstellende Situation das Ergebnis jahrelanger Abwägungen aller Interessen vor Ort ist, war für viele unverständlich. Die Faktoren „Erfolg“ und „Orientierung“ sind mit Hinblick auf den Einsatzort Balduintreppe nicht komplementär.

Die transversale Konfliktachse



Maurer 2021

Staatsbürgerschaft, Aufenthaltsstatus und Arbeitserlaubnis sind nicht nur Instrumente zur sozialen Inklusion und der Zuerkennung von Rechten; gleichermaßen exkludieren sie Personen aus dem national bestimmten Geltungsbereich gesellschaftlicher Leistungs- und Funktionssysteme.¹⁵

Für die demokratisch sozialisierten Linken in der Hafensstraße ist das Ziel solidarischer Praxis die grundlegende radikale Veränderung des gesellschaftlichen Systems ungleicher Möglichkeiten der Teilhabe. Die befragten Afrikaner hingegen konnotieren mit „Solidarität“ Hilfsangebote, Unterstützungsstrukturen und volatile Netzwerke – biographisch bedingt durch Flucht / Migration. Der demokratische Rechtsstaat ist für sie keine positive Referenzgröße; der Nexus ist vielmehr „Glokalisierung“, globale und doch stark ortsgebundene Netzwerke. Teilhabe bedeutet für die schwarzafrikanischen Männer an der Balduintreppe vor allem die Möglichkeit, an Wohlstand zu partizipieren:

„Wenn Weiße nach Afrika kommen, dann fragt keiner nach Papieren. Alle sind glücklich, weil ein Weißer kommt. [...] Manchmal kämpfe ich mit meinen Brüdern zusammen. Weil wir alle Afrikaner sind, wir sind alles Schwarze. [...] Deutschland hat den Afrikanern nie Papiere gegeben, nur die Reise [Abschiebung]. [...] Aber wenn jemand in Deutschland leben will, wieso nicht? In Afrika sind wir nicht so. In Afrika ist es egal wo du wohnst. [...] Wenn ich arbeite, zahle ich Steuern. Ich stehle nichts von eurem Geld. We are here to stay, wir wollen nur arbeiten. Wir wollen die Papiere nicht drei, sondern sechs Monate. Weil, wir kommen von weit weg. Die kommen alle her. Aus Hannover, Stuttgart oder Magdeburg.“ (Hafensstraße)

Von Gambiaern gestellte Asylanträge haben realiter keine Aussicht auf positive Bescheidung (0,5% Aufnahmequote bei Folgeanträgen).¹⁶ Das Land ist arm, gilt aber als sicheres

¹⁵ Lessenich, Stephan (2019): Grenzen der Demokratie. Teilhabe als Verteilungsproblem. Stuttgart, Reclam (3. Auflage): S. 63.

¹⁶ Gambia: <https://www.laenderdaten.info/Afrika/Gambia/fluechtlinge.php>. Die Quote der positiv beschiedenen Asylanträge in Deutschland aus Guinea-Bissau, eines der korruptesten, ärmsten Länder der Erde, liegt bei 0,0%. <https://www.laenderdaten.info/Afrika/Guinea-Bissau/fluechtlinge.php>

Herkunftsland. Der Fluss privater Remittenden aus Übersee trägt 15,6% zum BIP in Gambia bei.¹⁷ Menschen im Asylverfahren in der BRD erhalten Obdach und Krankenversicherung am Meldeort. Hamburger zivile Behörden sehen sich daher nicht in der Verantwortung, soziale Angebote zu machen:

„Wir können da sozial nichts tun für die Leute. Wir können vermitteln, mehr als in allen anderen Städten, welche Möglichkeiten es für Menschen mit illegalem Aufenthalt gibt, sich Hilfe zu holen. Aber das wollen die überhaupt nicht. Das haben die doch. Die wollen Geld verdienen. Deshalb ist das aus Sicht des Bezirksamts keine soziale Frage. [...] Die Geflüchteten, die da Drogen verkaufen, weil sie kaum eine andere Möglichkeit haben, an Geld zu kommen, werden nur als Medium benutzt, um eine Debatte zu führen, die ansonsten ihre Symbole verloren hat. Deshalb sind die Geflüchteten dort willkommen für die Linken, um, ich sag mal, eine verbrecherische Polizei [zu entlarven]. Und für die Frage, was ist Racial Profiling.“ (Bezirksamt Mitte)

Kontakt zu den afrikanischen Männern

Viele Befragte, die sich mit den afrikanischen Männern (gegen die Polizei) solidarisieren und sich für Arbeitserlaubnisse und gegen die Einwanderungspolitik aussprechen, pflegen kaum oder gar keine persönlichen Kontakte zu den Männern an der Treppe:

„Ich hab mit denen [Gambiern] nie soviel Kontakt. ... Keiner redet mit denen. Die Situation von Gambia oder Guinea, ich weiß nicht.“ (Anwohner Hafestraße)

„Wir kommen an diese Szene dermaßen schlecht ran! Ich hab schon überlegt, wie können wir irgendwas machen?“ (Zivilgesellschaftlicher Akteur)

„Einer wohnt in Barmbek. Aber wo die anderen wohnen, weiß ich nicht.“ (Anwohnerin Hafestraße)

„Die gambische Familie, die dort Essen macht, sie sind ehemalige Flüchtlinge. Die sind sehr gegen Drogenhandel. Ja, es gibt einen informellen Austausch und Gespräche neben dem Anhalten und Überprüfen.“ (Polizei Wache)

Auch bedingt durch Altersdifferenz, Lebenssituation und Einstellungen, gibt es kaum gemeinsame Interessen und der Kontakt zwischen Anwohnern und den Afrikanern ist eher spärlich. Als weitere Gründe, weshalb man kaum im regelmäßigen Austausch mit den Männern steht, wurden Kommunikationshindernisse und eine hohe Fluktuation genannt. Die Anwohner vermuteten als Ursachen für die hohe Fluktuation Abschiebung, anhängige Strafverfahren oder Arbeitsaufnahme.

„Das sind nicht immer die gleichen. Das macht es superschwer, zu einer Einigung zu kommen. Man sagt immer wieder das gleiche. Wenn man in Kontakt geht, kann man eine Lösung finden.“ (Anwohnerin Hafestraße)

¹⁷ Gambia ist einer der kleinsten Staaten Afrikas (2 Mio Bevölkerung). Migration spielt eine signifikante Rolle für die gambische Gesellschaft. Land-Stadt-Binnenmigration führt zunehmend zu Urbanisierung. In den letzten Jahren führt das Streben nach sozioökonomischem Fortschritt – insbesondere in der jüngeren Bevölkerung – zu irregulärer Migration mit dem Ziel Europa. Zwischen 2014 und 2018 erreichten 35000 Gambier Europa irregulär. UN International Organization for Migration: The Gambia. <https://gambia.iom.int>
Zanker, Francisca; Altrogge, Judith (2017): The Politics of Migration Governance in the Gambia. Arnold Bergsträsser Institut, Freiburg.
Avdiu, Besart; Meyer, Moritz (2021): How Covid19 changed the path of remittances in the Gambia. In: World Bank Blogs (<https://blogs.worldbank.org/african/how-covid19-changed-path-remittances-gambia>).

„Früher kannte man die Dealer auf der Straße. [...] Die Szene ist jetzt viel unübersichtlicher. Ich weiß nicht, ob ein System dahintersteckt, dass die ausgetauscht werden.“ (Anwohner St. Pauli-Süd)

„Es ist mehr geworden, aber [...] ich lege da nicht so meinen Fokus drauf. Die sind halt da, die waren immer da, und ob das jetzt 10 mehr oder weniger sind, ist mir egal. [...]“ (Anwohnerin)

Verständnis für die Situation der Schwarzafrikaner

Die Solidarität mit den gambischen Männern speist sich nicht durch geteilte Anschauungen oder durch gemeinsame Ziele. Der „politische Klebstoff“ zwischen Teilen der Anwohnerschaft und den Drogenhändlern ist Empathie. Die Solidarität bekommt eine extrem marginalisierte Gruppe, die auch deshalb wenig politische und mediale Aufmerksamkeit und Zuwendung bekommt, weil sie in „Opferhierarchien“ eben nicht ganz „oben“ stehen: junge, gesunde, männliche Erwachsene, die sich bessere Lebenschancen erhoffen. Diese Gruppe wird von Befürwortern einer humaneren Flüchtlingspolitik ansonsten wenig beachtet.

Verständnis (ebenso wie Unverständnis und Missbilligung) für die Situation und die Motive der schwarzafrikanischen Dealer äußerten Anwohner und Polizisten gleichermaßen:

„Die sind öffentlich wahrnehmbar, weil sie keine Wohnung haben. Ein paar schlafen bei Freunden, ein paar sind in der Notunterkunft, ein paar schlafen auf der Straße und ein paar wohnen in Geflüchtetenunterkünften und warten auf ihr Verfahren. Die meisten haben keine Arbeitserlaubnis. Da ist es besser in Hamburg zu sein, da kriegt man illegalisierte Jobs. [...] Die meisten sind illegalisiert hier, die dürfen überhaupt nicht erwischt werden. [...] Viele haben in Italien eine Anerkennung und müssen alle 3 Monate dahin. Gerade in Corona-Zeiten ist es super-schwierig. Das ging früher in 1-2 Wochen und jetzt dauert es Monate.“ (Anwohner Hafestraße)

„Wenn ich jung wäre und in Afrika aufgewachsen, dann kann ich gut verstehen, dass man hierhin will und Geld verdienen. Das würde ich auch machen. Das sind überhaupt keine bösen Menschen. Im Großen und Ganzen sind sie tiefenentspannt. [...] Die Schwarzafrikaner sind witzig. Die sind nette Kerlchen. Die meisten sind nicht selbst Konsumenten. Die überlegen schon, ob sie selber einen Joint rauchen, weil es weniger Gewinn heißt. [...] Das kann man sportlich nehmen. Weil es keine Opfer gibt. Wer Drogen konsumiert, hat auch selbst schuld.“ (Polizei)

„Was sagt der Sohn seiner Mutter in Afrika? ‚Es ist arschkalt in Hamburg, ich stehe mir die Beine in den Bauch und kriege nur 20 Euro und die Polizei jagt mich die ganze Zeit?!‘ Nein, der Sohn sagt, ‚Mama, alles läuft bestens!‘ Und genau das wird im Dorf weitererzählt. Ein besseres Leben in Europa, dabei wollen manche nur noch nach Hause.“ (Zivilgesellschaftlicher Akteur)

„Deren Plan ist, soviel wie möglich nach Hause zu schicken. Da haben sie mein vollstes Verständnis. Die armen Familien sind zu unterstützen! Aber [Dealen] ist verboten. Ich kann nicht in ein anderes Land gehen, da sagen, ich bin verfolgt, und gegen die Gesetze verstoßen. Überall würde man mit dem Kopf schütteln.“ (Polizei)

„Ich verstehe, dass einige Leute sagen, ‚Ich muss schnell an viel Geld kommen‘, aber es ist keine dauerhafte Lösung.“ (Anwohnerin St. Pauli-Süd)

„Es ist für die viel besser, wenn sie nicht gemeldet sind. Das Jobcenter nervt nicht, man wird nicht aufgefordert, arbeiten zu gehen, oder Deutschkurs zu belegen. Die haben nichts zu verlieren. Viele Leute nehmen die Strafen [nicht ernst]. Wenn du erst beim dritten Mal vor einen Amtsrichter geführt wirst, dann versuchst du es auch dreimal. Und vielleicht kommst du sogar durch.“ (Anwohnerin St. Pauli-Süd)

Diejenigen, die selbst Diskriminierung im Alltag, zum Beispiel in der Schule, erfahren haben, äußerten weniger Verständnis für die Afrikaner. Befragte mit Migrationshintergrund fühlten

sich durch die Polizei diskriminiert, weil sie als „Schwarzhaarige“ generell häufiger verdächtigt würden. Im Spektrum derer, die Verständnis und Empathie für das individuelle Schicksal, die Motive und die Nöte der Schwarzafrikaner zeigte, war der Anteil an Polizisten nicht geringer als der Anteil der Anwohner.

Zuschreibungen und Projektionen

Die Solidarisierung mit den Afrikanern ist eingebettet in die politische Forderung nach gesellschaftlicher Inklusion und Teilhabemöglichkeiten für ´alle`, unabhängig von der Herkunft. Hingegen ist deren Integrationswille in die fiktive Norm „westlich-demokratische Mehrheitsgesellschaft“ nicht erkennbar ausgeprägt (zumindest jener, deren Sozialverhalten als problematisch empfunden wird).

„Dem heranwachsenden Afrikaner, der da unten dealt, ist es größtenteils egal, wie er sein Geld schnell verdient. Ich hatte mal einen in der Zelle, der sagte, dass alle denken, sie werden irgendwann gegriffen und zurückgeführt. Solange versuchen sie, soviel Geld wie möglich zu machen.“ (Polizei Wache)

„Die [Gambier] wollen nicht arbeiten. Weil sie mit Dealen mehr Geld verdienen. Ich sag denen, ‚Ey Bruder, du kannst auch für zwei Stunden oder so eine Arbeit suchen‘. Das wollen sie nicht.“ (Hafenstraße)

Anwohner aus dem Solidaritätsspektrum sahen keinen Widerspruch darin, dass das zweckrationale Handeln der Dealer (Profitmaximierung) ihrer eigenen Ideologie zuwiderlaufen dürfte. Es geht den BtM-Händlern nicht um eine liberale oder gar linke Positionierung. Den Dealern wird zugestanden, dass auch das Geldverdienen eine Form von Teilhabe ist. Überdies sind Zuschreibungen und *Othering* seitens der Anwohner recht verbreitet. Den Männern wird eine eigene Handlungsmacht (*Agency*) weithin abgesprochen.

„Die meisten sind Muslime und finden Drogen gar nicht gut. Die haben konservative Wertbilder und wollen möglichst schnell eine Familie haben und einen Job. [...] Das ist nicht von ungefähr, dass das eben schwarze Männer machen und nicht weiße. Es liegt an Kolonialismus, Globalisierung, Rassismus, Weltordnung und so.“ (Anwohnerin Hafenstraße)

„Das [Dealen] ist für die krass. Weil sie religiös sind und Drogen dann Sünde sind. Sie haben ganz andere Familienbilder. Die haben eher ein Problem mit Illegalem als wir, die wir sagen, ‚Gesetze sind uns egal‘. Die finden Deutschland gut. Und wir finden Deutschland gar nicht gut. Und die machen das aus einem Zwang.“ (Anwohnerin Hafenstraße)

„In Gambia kann man nicht sagen, ‚Wir stehen auf der Straße und verkaufen Drogen‘. Die erzählen den Familien, dass sie arbeiten. Und das ist keine Arbeit.“ (Anwohner Hafenstraße)

„Mich macht traurig, wenn ich die Dealer sehe und die sind alle schwarz [...] das ist ein Spiegel von politischem Versagen. Einem werden Steine in den Weg gelegt. Die Flüchtlingspolitik ist nicht zielführend und nicht unterstützend. Einen kennen wir seit Jahren, und da können wir zugucken wie der einget. [...] Die Unterscheidung ‚Wirtschaftsflüchtling‘ und ‚Kriegsflüchtling‘ ist völlig daneben! Wenn man kaum was zu Essen hat und keine Kohle verdient. Man geht nicht grundlos aus seinem Land weg.“ (Anwohnerin)

„Es kommt zu extremen Projektionen linker Ideale auf eine bestimmte Gruppe. Und die sollen eine Art Katalysator sein, um [...] das Schweinesystem zu beseitigen. Das bedeutet, die werden viktimisiert. Idealisiert im Bild von Opfern.“ (Zivilgesellschaftlicher Akteur)

Die emotionale Betroffenheit über die Lebenssituation der Menschen vor der eigenen Tür verknüpft sich mit der Überzeugung, dass globale Ungleichheit epistemisch eingelagert und historisch bedingt sei. Zuschreibungen wie „konservativ, rechtschaffen, religiös“ zeigen, dass die Gruppe der Schwarzafrikaner auch als Projektionsfläche zur Herstellung von Differenz zu den Sprechern selbst dient. Dieses Phänomen, wenn hier auch positiv konnotiert, wird als *Othering* (respektive Rassismus) bezeichnet.

Dabei brachten einige Befragte den Vorwurf des Rassismus gegen nahezu jeden in Anschlag, der sich abweichend zur eigenen Haltung äußert oder wann immer eine Differenz *empfunden* wird – Adressaten sind gleich gültig die eigenen Nachbarn oder Afrikaner aus einem anderen Herkunftsland:

„Wenn du Papiere hast und sagst, ich soll zurück nach Afrika, bist du ein Rassist. Aber wir kämpfen unsere Solidarität, immer. Mit der Polizei, der Regierung, dem Staat. Dass die zurückgehen nach Afrika, das ist doch das, was der Staat will. ... [Die Dealer] sagen, ich bin Rassist, weil ich nicht aus Gambia komme. Viele wissen, ich wohne hier und verkaufe nicht. Die reden mit Respekt, sagen, ‚Du bist ein guter Mensch, du hast uns Solidarität gegeben.‘ Aber ich sage, ‚Es ist besser, wenn wir einen anderen Weg finden. Ihr habt hier schon genug Hilfe bekommen.‘“ (Anwohner Hafensstraße)

Solidarität versus Seniorität

Der Grad an Organisationsstruktur unter den Afrikanern erscheint eher kontingent; dennoch gibt es ebenso kollaboratives Handeln wie Ausbeutung untereinander. Ob (und nach welchen Kriterien) die Schwarzafrikaner an der Balduintreppe definitorisch eine „Gruppe“ sind, bleibt fraglich.

„Die kennen sich untereinander schon. Einer ist da schon ewig. Der hat eine Art Führungsposition in dieser kleinen Firma. Vor dem haben die anderen Respekt. Der ist am längsten da und hat die geilsten Klamotten. Und ist immer am Telefon, so der Checker. Manche sind immer da sind und andere wechseln sich ständig ab.“ (Gewerbe, St. Pauli-Süd)

„Wir sind keine Gruppe. In der Lampedusa-Gruppe gibt es keine Gambier. [...] Das sind andere. Die sind ganz viel nach Hamburg gekommen und wir sagten, ‚Nein!‘ Ghanaer kommen nicht her, um zu dealen. Das interessiert uns nicht. Die Dealer hier haben früher oft Familie in Deutschland gehabt.“ (Anwohner Hafensstraße)

„Manchmal sagen die Älteren den Jungs, ‚Du musst immer hier sein. Wenn du Geld verdienen willst.‘ Die wohnen schon länger in Deutschland. Manche sind Chef. Die sind überall in Altona. Die Älteren haben auch Drogen verkauft.“ (Anwohner Hafensstraße)

„Bei den Schwarzafrikanern ist es so, durch die Seniorität, die jemand hat, man ist schon länger in Deutschland, hat vielleicht eine deutsche Frau geheiratet, hat man in der Community ein ganz anderes Ansehen. Die die lange hier sind, die mieten Wohnungen an. Und 10-12 schlafen dann da.“ (Polizei)

„Die Neuen müssen an den gefährlicheren Plätzen ran. Gefährlicher, weil weiter vom Hinterhof weg, wo man exponierter ist. Die schon ins polizeiliche Hellfeld gezogen wurden dürfen sich dichter am Hinterhof aufhalten, weil der als Rückzugsraum genutzt werden kann. Es gibt schon leichte Strukturen. Aber es gibt nicht den einen Babba auf dem Hof, der allen sagt, was sie machen müssen und alle gehorchen. Die haben keine festen Arbeitszeiten. Manche sind morgens da, manche abends, wie sie gerade Bock haben, Geld zu verdienen oder wie sie Geld verdienen müssen.“ (Polizei Wache)

„Ein typischer Frontdealer, der mit ein paar Gramm Marihuana rumläuft, den trifft man 2 Wochen später mit einem Kilo Kokain an. Kein Mensch kann sich [das] erklären. Weil er dann 2 Wochen später wieder an der Treppe steht und mit Marihuana dealt. Anders als wir das von den Kurden kennen.“ (Polizei)

„Wir sind Muslime, wir sind auch eine Gemeinschaft, wir sind alle Ausländer. Wir sind alle hier gekommen und jeder hat seine Geschichte und seine Erfahrungen. Und was er möchte in Zukunft.“ (Anwohner Hafestraße)

„Manche haben Kinder, aber immer noch keine Papiere. Die Ausländerbehörde sagt, ‚Du verkaufst Drogen, dann kriegst du keine Papiere von uns.‘ Und die Mütter [der Kinder] müssen nerven. Traurig.“ (Anwohner Hafestraße)

Die BtM-Verkäufer verbindet mehr als nur ihre Identität als Dealer:¹⁸ Die Erfahrung existenzieller Prekarität und des damit einhergehenden hohen Drucks sowie das Begehren, Geld zu verdienen, verbindet alle. Die personell und temporal hochgradig fluiden Netzwerke werden von wenigen Akteuren ‚gemanagt‘. In den „Dealer-Karrieren“ ist beruflicher und sozialer Aufstieg nicht segmentiert-hierarchisch, sondern bemisst sich an Sozialprestige und Akkumulation. ‚Schwarzsein‘ wird mal als verbindende ‚Brüderlichkeit‘ (gegenüber der Bezugsgruppe der weißen Europäer, der Regierung und dem Staat) und mal als irrelevant dargestellt (Ghanaer sind gebildeter, integrierter und erfolgreicher als Gambier, die als arme und ungeschickte Bauerntölpel beschrieben wurden). Die Bande von nationaler Herkunft und in geringerem Maß Ethnizität sind ein Abgrenzungskriterium (die Gambier an der Balduintreppe mischen sich kaum mit anderen Gruppen wie z. B. einer Gruppe aus Guinea-Bissau nördlich der Reeperbahn). Ausbeutungsverhältnisse untereinander scheinen entlang von Seniorität zu verlaufen: Dabei meint das Ältestenprinzip hier nicht Lebensalter, sondern die Zeit des Aufenthalts in Deutschland sowie das in dieser Zeit akkumulierte soziale Kapital (Frau, Wohnung, Gründung einer Familie und ein relativ höherer Lebensstandard). Die Religionszugehörigkeit zur *Ummah* (Gemeinschaft der Muslime) stiftet graduell Loyalität. Zur Gemeinschaft an der Balduintreppe – die kaum eindeutige Merkmale einer ‚Gruppe‘ aufweist – gehören des Weiteren mitnichten nur „Dealer“ – die Balduintreppe ist auch Treffpunkt einer diasporischen Community plus Freunde. Eine ähnliche Lebenssituation stiftet Gemeinschaft. Die wenigsten, die sich am Dealerspot aufhalten, wohnen selbst im Quartier. „Nachbarschaft“ konstituiert sich über den Ort der Unterbringung.

Organisationsgrad der Kriminalität

Vor allem seit 2014 sind Migrationsnetzwerke aus Westafrika etabliert. Die Fluchtrouten von Westafrika in Richtung afrikanische Mittelmeerküste und oft via Ostafrika sind hochriskant und -gefährlich.¹⁹ Die Migranten stecken in Gefälligkeitsökonomien und in Abhängigkeiten. Druck wird auf die Familie ausgeübt und von der Familie aufgebaut. Die Erwartungen an Remittenden der eigenen Familie und der Dorfgemeinschaft im Herkunftsland, Schuldverhältnisse und die

¹⁸ Siehe auch: Bucerius, SM (2014): *Unwanted: Muslim Immigrants, Dignity, and Drug Dealing*. New York: Oxford Univ. Press. S. 86

¹⁹ UNHCR (2020): Tausende auf Fluchtrouten in Afrika von Tod und Menschenrechtsverletzungen bedroht <https://www.unhcr.org/dach/de/50295-tausende-auf-fluchtrouten-in-afrika-von-tod-und-menschenrechtsverletzungen-bedroht.html>

Abhängigkeit von ‚Älteren‘, und die polizeiliche Strafverfolgung mit dem Risiko der Abschiebung oder einer Haftstrafe kreieren soziale Zirkel, aus denen auszubrechen nur schwer möglich ist. Dass der Straßenhandel kein Gegenpol zu organisierter Kriminalitätsstrukturen ist, sondern Teil davon ist, wurde von den befragten Anwohnern nicht thematisiert. Sie sahen einen relevanten Grad an Organisation lediglich bei „Hintermännern.“ Dagegen problematisierten zivilgesellschaftliche Akteure und Polizisten den Organisationsgrad der Straßensriminalität schon. Während Polizisten StGB-treu dogmatisch Kriminalität am strafbaren Handeln *an sich* festmachten, ist für viele Anwohner „Kriminalität“ die Summe aus Wertschöpfung, Organisationsgrad und böser Absicht. Angesichts der geschätzten niedrigen Wertschöpfung, der relativ egalitären Arbeitsorganisation und der nicht-schädigen-wollenden Intention wird folglich die Kriminalität von vielen bagatellisiert.

„Von wegen ‚Drogenkriminalität bekämpfen.‘ Man sieht hier die dicken Benz alle 2 Tage anhalten. Wenn man es ernst meinen würde, dann nimmt man nicht die obdachlosen Schwarzen, die hier n Zehner Gras verkaufen ins Visier. Dann muss man an die vermutlich weißen, deutschen Hintermänner kommen.“ (Anwohner Hafestraße)

„Von der Kriminalität ist das so strukturiert, dass es Arbeitswohnungen gibt, dann Bunkerwohnungen und Vermittlungswohnungen. Das ist sehr straff organisiert. Wenn ich da reinkomme, dann bin ich da drin. Aber nicht alle sind da drin. Sondern suchen die Community da. Oder waren drin.“ (Polizei Wache)

„Die Menschen sind leider, seitens der organisierten Strukturen dahinter, beliebig austauschbar. Wir hatten Phasen, wo wir nur „Duldungen aus Baden-Württemberg“ hatten, dann waren aus ostdeutschen Ländern viele vertreten. Es sind immer wieder neue Gesichter da. Viele werden rekrutiert in Asylbewerberheimen, um hier zu verkaufen. Da wird es irgendein Versprechen geben.“ (Polizei Wache)

„Ich sehe eine doppelte Instrumentalisierung einer prekären Gruppe. Durch organisierte Kriminalität und durch eine politische In-Dienstnahme seitens der Linken. Der Gesamtzusammenhang wird völlig außer Acht gelassen, dass es sich nämlich um organisierte Kriminalität handelt, an deren schwächster Stelle die schwarzafrikanischen Drogendealer stehen! Dass jemand sein Geld macht mit der Not dieser Männer.“ (Zivilgesellschaftlicher Akteur)

„Es sind immer Phasen. Im Februar hatten wir Bayern, Baden-Württemberg, Sachsen-Anhalt. Vor ein paar Jahren, da waren viele Bremer hier. ... In Bremen gibt es eine feste Szene von Straßendealern. Da hat man schätzungsweise für 30 Dealer Platz. Und alles darüber hinaus, die suchen sich was anderes. Und dann hat man gehört, Hamburg ist super. Ist auch nicht weit weg. Mit dem Regionalzug geht das schnell.“ (Polizei LKA)

„Es wird massiv Druck auf die Familie im Herkunftsland ausgeübt. Das gibt es auch: ‚Wenn du nicht parierst, dann passiert deiner Familie in Gambia was.‘ (Polizei)

„Mehrfach kamen schon Drogen aus Bunkerwohnungen von anderen Nationalitäten dahin. Man hält sich diesen Läuferstamm aus Gambia dort. Genauso wie man da drüben Guinea-Bissau hat. Wobei das schon die zweite, dritte Generation ist. Leute, die von dem Geld leben und Einzelne noch laufen lassen. Das ist ein Sammelsurium von ‚Ich hab dich, du bist mein Arbeiter‘ und: ‚Mach mal‘. Und: ‚Ich verspreche dir was‘.“ (Polizei Wache)

„Das sind kleine Ich-AGs. Die arbeiten alle auf eigene Rechnung. Sie werden nicht dazu gezwungen. Sie werden angeworben. Für die Schlafplätze, die sie vermittelt bekommen, müssen sie viel bezahlen.“ (Polizei Wache)

„Überall stehen Informanten von denen, die sehen, dass wir den Konsumenten abgegriffen haben. Das wird sofort weitergetragen, dann rennen sie auf den Hinterhof, und dann wird sich umgezogen da!“ (LBP)

Den Druck durch Mittler, die Rekrutierung der Männer in Asylbewerberheimen und Ausbeutungsverhältnisse sahen vor allem Polizisten als Faktoren, die die gambischen Männer viktimsieren. Die Bereitstellung von Hilfsangeboten (Stromkabel zum Telefon aufladen, der

Hinterhof als Schutzraum und WLAN) seitens solidarischer Anwohner stuften sie entsprechend auch viel ambivalenter ein: als Unterstützung der „organisierten Kriminalität“ und zugleich als humane Geste der Anwohner.²⁰ Dagegen argumentieren Anwohner des Plan B, dass die Situation der Männer nicht besser wäre, wenn diese Angebote nicht gemacht würden.

Impression Management

Die des BtM-Handels verdächtigten Schwarzafrikaner um die Balduintreppe sind zugleich *Gegenstand* von Differenzen; wie auch *Akteure* im Konflikt. Dabei nehmen sie selbst wenig aktiven Einfluss auf den lokalen Diskurs. Die Gründe für ihr „Fehlen“ in der Aushandlung der Situation sind vielfältig: Hohe Fluktuation, Angst vor Strafverfolgung, mangelndes Interesse und vergleichsweise wenig Legitimität – und vor allem *Impression Management*: Um vor Ort geduldet zu werden, ist es performativ geschickt, nicht als „Täter“ (nicht strafrechtlich, sondern im Sinne von „Macher“!) wahrgenommen zu werden – denn dann bedürfte man der Solidarität und der Fürsprache, die Opfern zuteil wird, nicht. „Nur Opfer sein“ ist ebenso wenig geboten, weil eine gewisse Handlungsmacht (*Agency*) auch wichtig ist, um eigene Interessen (wie die Nutzung des Hinterhofs) zu verfolgen.

„Die Geflüchteten können hier nicht arbeiten, und irgendwie müssen sie an Geld kommen. Ich finde das nicht cool, mit Drogen dealen, aber es wird denen schwer gemacht in Deutschland.“ (Anwohnerin Hafestraße)

„Die meisten, die hier rumhängen, sind arme Schweine. Aber was wäre die Alternative zum Grasverkaufen? Die würden gerne arbeiten, aber als Illegalisierter bleibt dir außer Prostitution und Drogenverkaufen nix übrig.“ (Anwohner Hafestraße)

Der Drogenverkauf wird vielfach als ausweglos, alternativlos und als kausal zusammenhängend mit vorenthaltenen Arbeitserlaubnissen dargestellt. Dass kein Automatismus, sondern das Zusammentreffen einer bewussten Entscheidung und das Vorhandensein ‚ermöglichender‘ sozialer Zirkel Menschen zu BtM-Händlern macht, verwerfen Aktivisten als Erklärungsoption. (Wenn es die postulierte Wenn-Dann-Kausalität gäbe, müsste jeder Betroffene in einer vergleichbaren Lebenssituation in diese informelle Ökonomie einsteigen).

Migrantisches Drogendealen ist auch ein sozial gebundenes Business.²¹ Die Dealer gestalten ihr Engagement in der Straßenkriminalität in Bezug auf ihren Platz in der lokalen Bezugsgruppe durchaus, indem sie die ihnen zugewiesene Rolle, passiv „mitspielen“. Dennoch wird der Kontakt mit den gambischen Männern überwiegend als negativ beschrieben.

„Die Kneipenwirte hatten Angst um ihren Laden. Viele Stammgäste sind nicht mehr gekommen, weil der ganze Laden voll war mit 20 Typen. Es sind nur Männer. Das sind nicht alle supernette, easy Typen. Da sind auch Arschlöcher dabei. Frauen wird hinterhergepiffen, ‚kann ich deine Nummer haben‘, sowas. Du kannst gar nicht entspannt hierhin gehen. Das hat auf der Straße hier auch problematische Folgen. Aber das ist ein Problem allgemein, wenn 30 junge Typen auf einem Haufen rumstehen. Egal, ob aus Ghana oder aus Holland. Das ist ein Riesenproblem für uns. Aber natürlich wären wir nie auf die Idee gekommen, deshalb die Polizei zu rufen. Sondern wir reden mit den Leuten und sagen ganz klar, was das für ein Laden ist.“ (Gastronomie Hafestraße)

²⁰ Für den BtM-Handel vor Ort trifft die strafrechtliche Definition „Organisierte Kriminalität“ nicht zu.

²¹ Curtis, R; Wendel, T (2000): Toward the development of a typology of illegal drug markets. Crime Prev. Stud. 11: 121-52.

„In [Laden A] gab es eine Abmachung mit denen, wieviele da reindürfen, weil die sich stundenlang an einem Getränk festhalten. [Laden B] ist schon eher genervt, dass die da abhängen. Der sagt, ‚die [Dealer] haben hier die Bullen hergeholt. Wegen denen ist die ganze Zeit die Polizeipräsenz vor Ort.‘ Aber die meisten sagen, ‚Die müssen ja irgendwohin können‘, aber sagen auch, ‚Es darf nicht überhandnehmen.‘“ (Gastronomie)

„Wir haben immer wieder Probleme. Die haben da immer [...] rumgecheckt. Ich war mega-abgenervt, echt! Bis ich gedacht habe, das ist die völlig falsche Herangehensweise. Ich versuche die jetzt einfach als Kollegen von mir zu sehen. Wie so Subunternehmer. [...] Irgendwann hab ich deren Vertrauen gewonnen, so dass man sich auch erkannt hat und hab gesagt, ‚Ihr könnt gerne hier abhängen eine zeitlang. Aber: Kein Business. Wenn ihr Business macht, muss ich euch leider rauswerfen. Das geht hier nicht.‘ Oft bin ich damit durchgekommen, aber oft auch nicht. Wo ich auch echt pissig wurde.“ (Anwohner St. Pauli-Süd, Aktivist)

„Die Dealer nerven, wenn sie einen immer wieder ansprechen. Man muss denen sagen, kein Bock drauf. Ich hab nie gesehen, dass die Kinder angesprochen haben. Das wäre noch was ganz anderes.“ (Gewerbe, St. Pauli-Süd)

„Wieso kann ich nicht mal Ruhe haben, muss das sein. Die nerven. [Mein Mitbewohner] sagt, ‚Wir haben uns das erkämpft, und so wie du hier wohnst, soll jeder in der Hafensstraße wohnen können.‘ Ich finde das schade, aber ich kann nichts machen. Ich kann nicht sagen, ich mag euch nicht, ihr müsst weg.“ (Anwohner Hafensstraße)

„Es gibt keine Konflikte mit den Schwarzen dort und untereinander bei denen, also keine Gewalt, keine Streitigkeiten. Nichts dergleichen. [...] Ich nehme die als sehr freundlich wahr.“ (Anwohnerin St. Pauli-Süd)

„Zuviele Leute haben sich hierher abgesetzt, ohne von Krieg oder politischer Verfolgung betroffen zu sein. Es sind schon viele Flüchtlinge, die die Leute so random belästigen. Eine Gruppe von Jungs, die sprechen schlechtes Deutsch, die sehen alle gleich aus. Dann wird man ständig belästigt von denen; ein ‚Nein‘ akzeptieren die nicht, dann ist man direkt eine Schlampe. Wie kann jemand, der um sein Leben fürchtet und so weit gekommen ist (nach Deutschland) und ein Ansatz einer Zukunft hier besteht, sich so respektlos verhalten? Sind das die Leute, die wirklich hier sein müssen?“ (Anwohnerin St. Pauli-Süd)

Mit wenigen Ausnahmen (und diese wohnten nicht direkt in der Hafensstraße/BNS) wurde die Präsenz der Afrikaner auch von solidarischen Anwohnern als belastend, störend, und die Männer als aufdringlich und unzuverlässig empfunden. Vergebliche Versuche, durch Kontaktaufnahme ein gedeihliches Miteinander zu verabreden, paaren sich mit Ratlosigkeit und Resignation.

Solidarität versus Demokratie?

Es geht dem Solidaritätsspektrum, abstrakt formuliert, um Fragen von Freiheit und Zwang, Berechtigung und Entrechtung, Teilhabe und Ausschluss. Alle diese Gegensatzpaare sind (auch) soziale Verteilungsfragen. Politiktheoretisch gefasst ist die Forderung der „Störer“ an der Balduintreppe, dass Demokratie sich am ureigenen Prinzip der Gleichheit – und zwar für ‚alle‘ – messen lassen müsse: die gleiche Teilhabe an der politischen Gestaltung der eigenen Lebensverhältnisse.²² Aus dieser Perspektive sind die Auseinandersetzungen an der Balduintreppe als Teil eines Inklusionsprozesses in ein gesellschaftliches System von Berechtigungen (a.k.a Demokratisierung) zu verstehen.

Auf das (staatliche) Schließungshandeln der einen (das sich in der Vorenthaltung von Lebensperspektiven für Immigranten ausdrückt – also *Ausschließung*) folgt die Reaktion des

²² Siehe dazu: Lessenich: S. 18.

Solidarismus.²³ Diese Schließungskaskaden hören nicht beim „Staat“ gegen „Illegale Kriminelle“ auf: Gruppen auf jeder Hierarchieebene der Sozialstruktur suchen die verbleibenden Lebenschancen zu monopolisieren und gegen ein jeweils noch weiter abgehängtes Unten zu schließen. So erklärt sich, dass afrikanische Akteure im Sozialraum St. Pauli-Süd untereinander nur bedingt solidarisch handeln – und dass das Solidaritätsspektrum ein weithin bürgerliches ist. Die zweite Schließungsform – die des Solidarismus – ist gewissermaßen ein Zusammenschluss, der nicht weiter nach unten ausschließt, sondern die Anstrengung, seine soziale Lage oder Position zu verbessern, notgedrungen nach oben richtet. Diese dynamischen Schließungsbeziehungen beschreibt die transversale Konfliktachse. Dabei geht die Forderung nach Solidarität „für alle“ teilweise mit der Preisgabe staatlicher Schutzpflichten einher:

„Wenn ihr wollt, dass die normal leben, dann gebt denen einfach 6 Monate mit Arbeit. Wer nicht arbeitet, der kann ja dann nach Afrika gehen. [...] Wenn jemand nicht arbeiten will, er müsste zurück nach Afrika. Das ist klar.“
(Anwohner Hafestraße, Afrikaner)

Partizipation mittels „rohem Kapitalismus“ und Solidarität sind mit demokratischer Rechtsstaatlichkeit, die nicht nur Strafverfolgung qua Legalitätsprinzip, sondern auch den Schutz und die Wahrung von Rechten Schutzbedürftiger regelt, nicht widerspruchlos vereinbar.

²³ Parkin, Frank (1983 [1974]): Strategien sozialer Schließung und Klassenbildung. In: Kreckel, Reinhard (Hrsg.): Soziale Ungleichheiten. Soziale Welt. Sonderbd. Göttingen. S. 121-135.

IV. Konfliktodynamiken

Genese und Status Quo des Konfliktes

An der Balduintreppe hat es – soweit der Konsens der Konfliktakteure – „schon immer“ Straßendrogenhandel gegeben. Dabei gehen die Einschätzungen darüber, ob und wie sehr BtM (Handel und Konsum) ein Problem seien, weit auseinander: Während aus Sicht eines befragten BtM-Fahnders der Bereich Balduintreppe ein konstanter Brennpunkt ist, sehen viele Bewohner der Hafestraße BtM-Handel als Bagatelle, Dienstleistung oder schlicht als lästige Begleiterscheinung des Alltags:

„Seit es die Hafestraße gibt, wird hier mit Drogen gedealt. Damals [...] war es nicht so massiv, wenn so 5 schwarze Typen rumstehen und teilweise aus den Kneipen heraus verkauft haben. Ein Problem ist, dass immer mehr illegalisierte Leute hierhin kommen.“ (Anwohner Hafestraße)

„Früher haben erst Türken, dann Araber, dann Schwarzafrikaner verkauft. Wir hatten dort immer einen Verkauf mit Marihuana. Die Araber waren schon viele, aber nicht in der Form.“ (Polizei Wache)

„In der Hafestraße haben wir nicht festgestellt, dass die Schwarzafrikaner untereinander Konflikte haben. Dass es da Messerstechereien gab. [...] Das scheint sehr homogen abzugehen.“ (Polizei)

Veränderungen in den letzten 10 Jahren betrafen nicht die Qualität der Kriminalität. Vielmehr liegt die qualitative Veränderung in der Quantität des Marktes, wodurch sich die öffentliche Wahrnehmbarkeit erhöht. Es gibt keine neuen Gefährdungslagen (wie BtM-korrelierte Gewaltverbrechen o.ä.). Mehr Marktteilnehmer halten sich in St. Pauli-Süd auf. Diverse Faktoren führten zur Genese des Konfliktes und zur Zuspitzung der Situation.

1. Der Konflikt hat sich qualitativ verändert
2. Entwicklungen „nah und fern“ trugen zur Polarisierung der Situation bei
3. Unterschiedliche Politiken verschärften den Konflikt

- Die inzwischen historischen Häuserkämpfe in der Hafestraße Mitte der 1980er Jahre sind der erste und bislang erfolgreichste Widerstand gegen die Verdrängung der dort lebenden, sozioökonomisch weniger privilegierten Bevölkerung. Soziale Bewegungen wie „Recht auf Stadt“ sind seither in St. Pauli aktiv.
- Seit April 2001 gilt St. Pauli als Gefahrengbiet.
- Im Januar 2005 verbrennt der Asylbewerber Oury Jalloh in einer Gefängniszelle in Dessau. Die Umstände seines Todes bleiben unaufgeklärt. Jährlich finden auch in Hamburg Kundgebungen an seinem Todestag statt.²⁴

²⁴ Hamburger Morgenpost: Vor Hamburger Davidwache. Kundgebung zum Todestag von Oury Jalloh. 07.01.2021. <https://www.mopo.de/hamburg/vor-hamburger-davidwache-kundgebung-zum-todestag-von-oury-jalloh-37903286>

- Die Migration junger Männer aus Staaten Westafrikas in die Bundesrepublik steigt im Jahr 2014 sprunghaft an.²⁵ Netzwerke für Menschenhandel/Fluchthilfe aus Westafrika sind mittlerweile etabliert.
- Seit Januar 2015 ist die Residenzpflicht für Asylbewerber und Geduldete grundsätzlich auf drei Monate begrenzt; nur für diejenigen, deren Lebensunterhalt nicht gesichert ist, wird der Wohnsitz durch eine Auflage eingeschränkt. Während die Polizei davor noch „Binnenrückführungen“ an die Wohnsitze in anderen Bundesländern vornahm, wurde diese (ohnehin ineffektive) Maßnahme seit 2015 eingestellt.
- Bis 2015 spielt für die Strafverfolgung und die Justiz die Menge mitgeführter BtM eine Rolle. Seit einem Gerichtsurteil (BGH 1 StR 317/15) zählt allein die Tat, weil davon ausgegangen wird, dass gewerbsmäßiger Handel vorliegt.²⁶
- Nachdem 2015 die Gefahrengebiete für verfassungswidrig erklärt wurden, gilt St. Pauli und darin der Hafenrand seit 2016 als „gefährlicher Ort BtM“. Die Polizei verfügt in ähnlicher Weise über Kontrollrechte wie zuvor.
- Im Januar 2016 suizidiert sich der 21-jährige Guinea-Bissauer Jaja Diabi in Untersuchungshaft im PK15. Aktivisten verurteilen die Umstände der Inhaftierung als rassistisch. An seinen Tod wird auf Kundgebungen und mit Gedenktagen erinnert.
- Im April 2016 startet die Task Force BtM. Damit einher geht eine wahrnehmbare und sichtbare Polizeipräsenz am Hafenrand.
- Im Juli 2017 richtet Hamburg den G20-Gipfel aus. Bereits im Vorfeld bringt die massive Polizeipräsenz zur Sicherung der Stadt eine hohe Belastung für Hamburger Bürger mit sich. Am Hafenrand eskaliert eine Gegendemonstration; es kommt zu Ausschreitungen (auch der Polizei). Im Quartier St. Pauli-Süd sind Polizeieinsätze einmal mehr im kollektiven Gedächtnis als militant und repressiv verankert.
- Im April 2018 formiert sich als Reaktion auf die hohe Polizeipräsenz an der Balduintreppe die situationistische Initiative „Copwatch Hamburg“, um auf den „Belagerungszustand durch die Polizei, rassistische Kontrollen und das Kriminalisieren unserer Nachbarschaft hinzuweisen und sich dagegen zu wehren“. Copwatch dokumentiert und veröffentlicht polizeiliche Maßnahmen und karikiert / stört diese.
- Im März 2020 wird zur Eindämmung der globalen Corona-Pandemie das Vergnügungsviertel um die Reeperbahn geschlossen. Besucher bleiben plötzlich weg. Trotz der Schließung von Kneipen und Clubs bleibt die Szene am Hafenrand:

²⁵ Anfangs flohen Legionäre, die Muammar Gaddafi für den Kampf gegen Rebellen in Libyen aus Sahelstaaten rekrutiert hatte, nach dessen Sturz. BBC News: Gaddafi's African 'mercenaries' leaving Libya. 27. August 2011. <https://www.bbc.com/news/world-africa-14693343>. Viele strandeten in Italien, wurden dort registriert und zogen auf der Suche nach einer Lebensperspektive nach Mitteleuropa weiter.

²⁶ Urteil vom 26. Oktober 2015 (LG Weiden). Gewerbsmäßiger Handel wird relativ hoch bestraft. Paraphernalien wie Tütchen zum Abpacken oder Bargeld kommt als Beweismaterial eine höhere Relevanz zu.

„Die sind da. Das ist für die schwerer jetzt, weil sie nicht in der Menge untertauchen können. Sie sind exponierter.“ (Polizei Wache)

- Im Mai 2020 stirbt in Minneapolis (USA) der Afroamerikaner George Floyd durch Polizeigewalt. Weltweit entfachen Proteste gegen rassistische Polizeigewalt unter der Parole #Black Lives Matter. *Human Rights*-Organisationen (AI) prangern Polizeigewalt an.
- Im August 2020 beginnt am PK15 und PK16 eine Dienstgruppe BtM, die ausschließlich die Frontdealerszene bearbeitet.

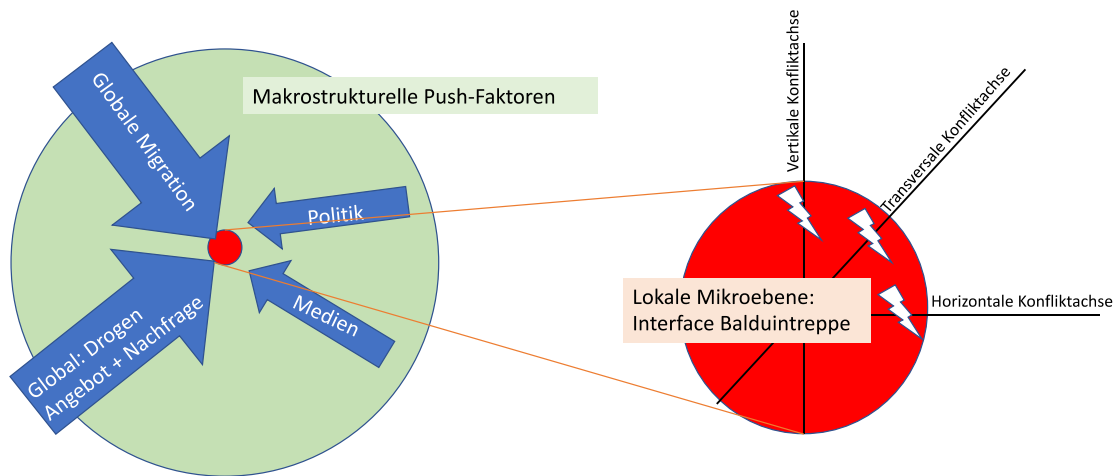
Die eklektische Zusammenschau illustriert, dass die Genese des Konfliktes durch ein Auftreffen von Kontingenzen auf Kontinuitäten charakterisiert ist: Die „Hafenstraße“ steht (heute noch symbolisch) für eine Kontinuität des Widerstandes bzw. für das Ertröten selbstbestimmter Lebensentwürfe. Mit der Einrichtung der dauerhaften Sonderrechtszone „Gefahrengebiet“ und später „gefährlicher Ort“ wird mittels Hamburger Polizeirecht ein Sicherheitsdiskurs etabliert, in dessen Zentrum Prävention und Verdacht stehen und der im weiteren Kontext einer präventiven Wende der Polizei in vielen Demokratien seit den 1990er Jahren zu sehen ist. Änderungen in Legislationen im Asylrecht oder im BtM-Strafrecht modulieren ebenfalls die lokale Situation an der Balduintreppe. Sie führen konkret zu mehr afrikanischstämmigen Menschen, die sich dort aufhalten und zugleich zu einer konsequenteren Strafverfolgung auch geringster Mengen an BtM.

Einzelereignisse „nah und fern“ wie die gewaltsamen Tode schwarzer Männer durch die Polizei geben dem Konflikt ein Label und eine Richtung, indem „Rassismus“ zum bestimmenden Deutungsangebot wird. Das (3-tägige) Ereignis „G20“ hat den Konflikt nachhaltiger geformt, Misstrauen vertieft und Verhalten beeinflusst als eine seit eineinhalb Jahren grassierende globale Pandemie mit den damit einhergehenden Einschnitten in Bürgerrechte und Alltagsroutinen.

Vor dem Hintergrund dieser vielfältigen Entwicklungen und *Turning Points* ist die Handlungsmacht aller Akteure vor Ort, die Konfliktursachen und damit die Situation zu verändern, begrenzt.

Konflikttreiber und -feeder

Konflikttreiber: Hinterland (geographisch und ideologisch)



Maurer 2021

Push-Faktor globale Migration

Urbane Zentren werden gegenüber ländlichen Regionen weltweit von Migranten präferiert. Berücksichtigt man, dass in Städten nur bestimmte Stadtteile und innerhalb derer nur bestimmte Lokalitäten angesteuert werden (in Hamburg Orte wie die Billstraße, Steintorplatz, Flora und Hafensrand), intensiviert sich dort mit steigenden Einwanderungszahlen auch die Sichtbarkeit irregulärer Migration.

„Natürlich, wenn mir langweilig ist, gehe ich in ein urbanes Zentrum. Das machen Randstädtische auch. Aber wenn ich als Flüchtling komme, kann ich doch in diesem sicheren Land erstmal gelassen sein. [...] Und warum kommen nur gambische junge Männer hierher? Warum keine Frauen? Warum keine Älteren?“ (Polizei Wache)

„Ein Gambier [sagte aus], dass er über Freunde in Italien erfahren hat, dass man in Hamburg Geld verdienen kann. [...] Es gab Hinweise, dass gezielt in Asylunterkünften angeworben würde.“ (Polizei)

„2014 [dealten] die nur nachts [...] Es ist mehr geworden. Die kommen alle aus anderen Städten. Die Brüder sagen, wir sind nicht viele hier. Wir haben mehr Solidarität hier in St. Pauli. Jeder will nach Hamburg. Die verdienen Geld und Leute helfen, wenn die Polizei kommt. [...] Du siehst hier jeden Tag neue! Unsere [weißen] Leute wissen das nicht. Aber ich sehe: Du bist heute gekommen! Du bist gestern gekommen! Wenn Ältere einmal weg sind, dann kommen sie nicht mehr. Gefängnis und Abschiebung. Und da kommen neue. Und immer kommen neue. Und suchen ihre Chance.“ (Anwohner Hafenstraße)

„Ich wohne echt lange hier, und [...] da kommen immer mehr dazu. Weil es sich in der Community rumspricht. Viele sind keine Dealer. Die treffen sich hier, um mit Leuten aus ihrem Heimatland zu reden, Tee zu trinken, zu essen. Jeden Tag kommt eine Frau vorbei, die Essen bringt.“ (Anwohner Hafenstraße)

„Wir haben einen Haufen Geflüchteter, die gar nicht in Hamburg sein sollten, die aber keine Lust haben, alleine in einem Dorf in Thüringen zu sitzen. [...] Das ist eine bundesweite Fragestellung. Das ist ein gesamtstädtischer Konflikt, wenn nicht sogar ein gesellschaftlicher Konflikt. [...] Dass die Polizei da was macht, ist unabdingbar. Wir

können nicht auf politische Lösungen warten. Das Problem haben Flächenländer nicht, das haben urbane Zentren. Und die Debatte, die wir dazu bräuchten, die ist keiner bereit zu führen.“ (Bezirksamt Mitte)

Die Polizei wird wahlweise selbstverständlich als Instanz zur Bearbeitung einer gesellschaftspolitischen Frage betrachtet; während andere die „Bekämpfung öffentlich wahrnehmbarer Drogenkriminalität“ für verklausulierte Ausländerfeindlichkeit halten. Die Verantwortung für die Folgeerscheinungen diverser Politiken wird auf die Polizei abgeladen. Der öffentlich sichtbare BtM-Handel kann mit einem hohen Ressourceneinsatz und durch eine niedrigschwellige Zuführungspraxis begrenzt, aber nicht eingedämmt werden. Dazu nutzt die Polizei alle ihr zur Verfügung stehenden Mittel. Einer der Hebel zur Bearbeitung der Situation ist die Ahndung ausländerrechtlicher Verstöße bzw. die Kooperation mit den für Ausländerangelegenheiten zuständigen Behörden:

„Früher wurden sie zurückgeführt. [...] Das wird weniger intensiv gemacht, weil es ein stumpfes Schwert ist. [...] Dass man so etwas regelt, kann ich verstehen, weil das Geld den Ländern für ihre Asylkontingente zugewiesen wird. Aber da legt heute keiner mehr einen Riesenwert drauf.“ (Polizei)

„Wir haben vorgeschlagen, dass die staatliche Unterstützung nicht monatlich, sondern wöchentlich ausgezahlt wird. Dann müssen sie jede Woche nach Süddeutschland fahren und es wird viel aufwändiger für sie.“ (Polizei)

Push-Faktor: Nachfrage BtM

Der etablierte und offene Markt am Hafenrand bedient ein großes Einzugsgebiet, verfügt über eine gute Verkehrsanbindung und einen hohen Bekanntheitsgrad bei Gelegenheitskonsumenten:

„Die Balduintreppe wird als Touristenhotspot angepriesen, wenn du Marihuana brauchst.“ (Polizei)

„Das Käuferklientel, wo die herkommen, was die beruflich machen, das ist die ganze Bandbreite.“ (Polizei Wache)

„Die Anwohner, die ich kenne, die Drogen nehmen, würden sich das da niemals holen.“ (Anwohnerin)

„Meine Anfangszeit dort war sehr motiviert, ‚Wir schaffen das, kann ja nicht so schwer sein, das kriegen wir locker hin, dass die Handvoll schwarzafrikanischer Dealer nicht mehr dasteht‘.“ (Polizei LBP)

„Selbst wenn wir das Problem hier lösen, dann plopt es woanders auf. Die Dealer und Konsumenten sind nicht weg. [...] Sobald verdrängt wird, suchen sie sich eine andere Ecke. Wir verdrängen viel Richtung Altona.“ (Polizei)

„[Wenn wir weniger da sind] dann spricht sich rum, ‚da ist keine Polizei mehr‘. Es kommen nicht nur mehr Dealer, es kommen auch mehr Konsumenten. Weil der Verfolgungsdruck wegfällt. [...] Die werden auch nicht nur aus Hamburg kommen. Die kommen ja jetzt schon aus allen Himmelsrichtungen.“ (Polizei)

„Die Klientel sind Menschen, ich hätte fast gesagt wie Du und Ich, auch von der Polizei, oder der Feuerwehr. Die sich auf dem Weg zur Arbeit oder auf dem Weg nach Hause eindeckt. [Anhaltende Fahrzeugführer werden] sofort belagert von Dealern, die ihnen was anbieten. Aber auch Fahrradfahrer und Fußgänger. Was wir Gott sei Dank noch nicht haben, ist eine Szene von Elendskonsumenten. Bislang ist es uns gelungen, die da nicht zu etablieren, das zu verhindern.“ (Polizei Wache)

Push-Faktoren: Medien, Politik, Unterstützerverkreise

„Durch die Medien ist die Balduintreppe mindestens national als Drogenerwerbsplatz bekannt. Die Berichterstattung ist mittelbare Werbung. Die Medien haben ihren Beitrag dazu geleistet, dass das so ein Hotspot ist.“ (Polizei Wache)

„Wenn das nicht so öffentlichkeitswirksam wäre, wäre das nicht so im Fokus.“ (Polizei Wache)

Die gesichtete Medienberichterstattung ist durchweg tendenziös und skandalisiert entweder den BtM-Handel oder die Polizeieinsätze. Als weitere Konflikttreiber nannten Befragte (Polizisten und Anwohner) politische Interessengruppierungen und Ressorts: Innenpolitik, Wirtschaftspolitik und Kommunalpolitik.

„Die Innensensoren regieren manchmal schon bis unten durch. Wenn Herr Grote sagt, Balduintreppe ist für mich der Punkt, dann kann ich nicht sagen, nee macht nichts. Grundsätzlich lässt es den Schutzmann und die Schutzfrau an der Basis völlig in Ruhe. Weil man weiß, ein Innensensor oder ein Polizeipräsident, die kommen und gehen. Und ich mache meine Arbeit und da gibt es Regularien.“ (Polizei)

„Politik hat insgesamt Auswirkungen auf Polizei, aber mehr auf die Bereitschaftspolizei, weil ich damit ja in die Konflikte gehe. Die politisch nicht gelöst werden können.“ (Polizei)

„Vor der Task Force haben wir zwar BTM-Maßnahmen gemacht, aber nicht in dieser Personalstärke. Nicht mit dieser Intensität. Das hat sich entwickelt, weil man das auch politisch wollte.“ (Polizei)

Im Hinblick auf die Rolle linker Unterstützerverkreise gehen die Einschätzungen der Anwohner auseinander:

„[Barakat] hätte nicht von sich aus geklagt. Er hat das gemacht, weil bestimmte linke Unterstützerverkreise geradezu ‚Jetzt! Jetzt kriegen wir sie und machen einen Präzedenzfall‘. Und der ist gelaufen. Und er hat Recht bekommen. [...] Auffällig ist, das sind Aktivistinnen, die eingeflogen werden. [...] Hier wird die linke Party abgefeiert, weil hier die Bühne ist und das Ganze hier inszeniert. Aber man ist dann froh, wenn man wieder im geschützten Eimsbüttel ist und da seine Ruhe hat.“ (Zivilgesellschaftlicher Akteur)

„Die Auseinandersetzungen mit der Polizei sind hauptsächlich mit den Anwohnern, nicht mit Leuten aus anderen Stadtteilen. Wenn ich in der Kombüse arbeite und da ist was, machen alle die Fenster auf, rufen raus, oder gucken. Die Kogge-Leute kommen raus, wir kommen raus. Sobald was los ist, kriegt man das mit. Weil es auch schallert. Und es wird sofort laut. Nicht jedesmal eskaliert es. Aber es eskaliert oft. [...]“ (Gastronomie)

Einige meinen, dass angereiste Aktivisten, die Auseinandersetzungen mit der Polizei provozieren. Andere sehen die Anwohner der Hafenstraße als Trutzburg gegen die Polizei.

V. Identifizierte Konfliktthemen

Lokale Akteure (Polizei und Anwohner) haben die heutige Situation an der Balduintreppe nicht allein herbeigeführt bzw. haben sie nur teilweise produziert. Auf lokaler Ebene und seitens der Hamburger Polizei kann jedoch Einfluss genommen werden auf die folgenden Faktoren:

- Wissens- und Überzeugungsspektren (Mindsets)
- Entfremdung und Polarisierung zwischen Polizisten und Bürgern
- Unsicherheitsraum und Ordnungsvorstellungen
- Raumordnungskonzept „Gefährlicher Ort“
- Task Force BtM: Öffentlich wahrnehmbare Kriminalität bekämpfen
- Polizeiliche Maßnahmen: Personenkontrollen
- Marktförmigkeit des Drogenumschlagplatzes
- Eskalationsdynamiken am *Interface* Balduintreppe

Modifikationen in den Bearbeitungsansätzen in jedem dieser von Polizisten und Anwohnern identifizierten Problemfelder können dazu beitragen, die Situation und Interaktionen an der Balduintreppe zu entzerren, ohne polizeiliche Einbußen im Sinne einer messbar weniger erfolgreichen Strafverfolgung befürchten zu müssen.

VI. Konklusion

Die am Konflikt beteiligten Akteure verfügen aufgrund ihrer Rollen und ihres Ethos über ein hohes Beharrungsvermögen. Es gelingt ihnen nicht, der Konfliktdynamik konstruktiv entgegenzuwirken. Der Konflikt ist manifest: Meinungen und Standpunkte sind verhärtet, gegenseitige Schuldzuweisungen bei gleichzeitigem Ignorieren der jeweiligen Eigenanteile üblich. Eine Polarisierung des Denkens, Fühlens und Handelns ist mehr auf der Seite der Anwohner zu beobachten, was darauf zurückzuführen ist, dass diese im Gegensatz zur Polizei keinen „Feierabend“ von der Situation haben. Sie sind kaum zu Perspektivwechseln bereit und werten die „Gegenseite“ (die Polizei) eher ab. Während Polizisten die Situation als „normalisierend“ bezeichnen, empfinden Anwohner die Konfrontation mit der Polizei und auch die Persistenz des Drogenmarktes als Zuspitzung.

Die Eskalationsspirale drehte sich bis zu einem gewissen Punkt hoch, aber auch nicht weiter. Dies hat verschiedene Gründe:

1. keine Interessengruppe ist mehr in der Lage, noch mehr Ressourcen und Verbündete zu mobilisieren, ohne dabei selbstschädigende Nebenwirkungen zu riskieren. Die vorhandenen Ressourcen (juristisch, personell, zeitlich, motivational etc) sind ausgeschöpft.
2. Die Situation ist nicht kontingent – sie ist komplex, aber für alle Seiten jederzeit handhabbar und hinreichend vorhersehbar (und daher nicht unsicher). Das Interesse an einer Einhegung ist mithin nicht existenziell. Positiv gewendet bedeutet dies: Die Erwartungskoordination zwischen den Konfliktparteien funktioniert sehr gut. Allerdings reagieren alle Beteiligten aufgrund ihres „Wissens“ um Eskalationsschwellen hoch sensibel, was die „Gegenseite“ tut.
3. Dass die Situation nicht weiter eskaliert, ist auch Ausweis einer umsichtigen Polizeiarbeit und einem (wenn auch polizeifeindlichen) moralischen Ethos des Solidaritätsspektrums. Nicht zuletzt tritt die Frontdealerszene nicht gewalttätig in Erscheinung.

Abgesehen von stark polarisierten Positionen, die es bei allen Interessengruppen gibt, fällt auf, dass entlang der beschriebenen Konfliktlinien Haltungen und Einstellungen von Polizisten und polizeikritischen Anwohnern nicht so konträr sind, wie man vermuten könnte.

Vorherrschende Vorurteile sind beispielsweise „Linke sind renitent und weltfremd“ vs. „Polizisten sind ignorant und handeln gewissenlos“. Viele Anwohner werfen der Polizei sogar Rassismus vor. Gerade die Themen, die als transversale Konfliktachse beschrieben wurden, zeigen jedoch, dass es in den Einstellungen und Haltungen (z.B. Verständnis für die Situation der Afrikaner) dafür keinerlei Indizien gibt – im Gegenteil. Eine strukturierte und begleitete Verständigung könnte hier nachhaltig Vorurteile und Stereotypisierungen abbauen.

Anders verhält es sich in (Einsatz-) Interaktionen: Der *Fall Out* polizeilicher Maßnahmen (Einmischen, Pöbeln, Solidarisierungseffekte seitens der Bürger) entsteht situativ: Polizisten und Bystander rahmen z.B. die Situation „Kontrolle“ komplett unterschiedlich. Hier sind es

Mindsets (bei Polizisten: Legalitätsdenken verengt sich in besagten Situationen zu einem hermetischen „Maßnahmindenken“, das Situationsoffenheit beendet. Hier könnte eine Klärung von Zielkonflikten und ein Handlungsskript für Polizisten, das „Erfolg“ und „Ziel“ der Einsatzsituation stärker in Einklang bringt, der Bearbeitung der Situation an der Balduintreppe zuträglich sein.

Grundsätzlich wirft der Konflikt die Frage auf, wie sich die Polizei in einem sozialpolitisch bedingten Konflikt positionieren kann, dessen Ursprünge erstens räumlich und zeitlich weiter dimensioniert sind und der zweitens mit herkömmlichen polizeilichen Mitteln nicht bearbeitbar ist.